

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Röllestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgepaltenen Kolonelleile 1 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **372400** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Der internationale Kongress.

Der internationale Kongress, der vom 18. bis 24. August dieses Jahres in Stuttgart, dem Sitz unseres Verbandes, tagen wird, gibt uns zum ersten Male Gelegenheit, die Vertreter des internationalen Proletariats in Deutschland Grenzen willkommen zu heißen. Wir begrüßen sie in der Hoffnung, daß die Verhandlungen dieses Weltparlamentes des Arbeitervolkes fruchtbringend sein werden und dazu beitragen mögen, das Band der Solidarität, das die Lohnarbeiter aller Kulturvölker umschlingt, noch mehr zu verstärken.

Längst haben wir gelernt, daß in dem Maße, wie sich die Wirtschaft einzelner Völker zur Weltwirtschaft ausweitert, auch der Kampf, den die arbeitenden Schichten um ihre Befreiung zu kämpfen haben, nur international durchgeführt werden kann. Nicht in dem Sinne, als ob von einer Zentralstelle aus, auf ein Kommando und nach einer Methode die Massen in Bewegung gesetzt werden könnten, sondern vielmehr in dem Sinne, daß jedes Armeekorps der internationalen Armee zunächst auf seinem Gebiet möglichst große Vorteile zu erreichen sucht, die dann auch den anderen zugute kommen müssen.

Die Natur der internationalen Kongresse als Vereinigung der politischen und gewerkschaftlichen nationalen Verbände bringt es mit sich, daß die Tagesordnung einen halb politischen und halb gewerkschaftlichen Charakter trägt. Wir dürfen erwarten, daß in Stuttgart sogar die gewerkschaftlichen Fragen im Vordergrund des Interesses stehen werden, denn von den fünf Verhandlungspunkten, die auf der vorläufigen Tagesordnung stehen, sind die wichtigsten wesentlich gewerkschaftlicher Art: die Beziehungen zwischen den politisch-sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften und die Einwanderung und Auswanderung der Arbeiter. Bei beiden Punkten sind weitreichende Erörterungen zu erwarten, denn es handelt sich um Fragen, von deren Lösung die Lebenshaltung und die Aufsteigungsmöglichkeit des Proletariats direkt berührt werden.

Bedor wir uns diesen Gegenständen, die naturgemäß auch uns am allermeisten beschäftigen, zuwenden, müssen wir mit einigen Worten der übrigen Punkte der vorläufigen Tagesordnung gedenken. Da finden wir zuerst eine Aussprache über Militarismus und internationale Konflikte. Es handelt sich hierbei um wesentlichen um eine Friedensdemonstration der Arbeiterparteien der verschiedenen Länder. In den letzten Jahren hat uns die planlose, untreue auswärtige Politik der deutschen Regierung wiederholt in die Gefahr eines Weltkrieges gebracht. Daß auch an anderer Stelle nicht mit der wünschenswerten Vorsicht und Rücksicht politisiert wurde, beweist die Geschichte des Sturzes Delcassés in Frankreich, durch den sich unsere französischen Parteigenossen ein hervorragendes Verdienst um die Erhaltung des Weltfriedens erworben haben, beweist der neue Konflikt zwischen Japan und Amerika und manches andere. Es wird eben in den kapitalistischen Staaten hüben und drüben gefährdet. Die herrschende Klasse braucht ein starkes Heer, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Da sie aber diesen realpolitischen Zweck nicht ohne Gefährdung für den Bestand des Ganzen offen aussprechen darf, so wird er hinter der angeblichen Notwendigkeit einer Rüstung gegen den „Erbschind“ versteckt. Und es liegt ferner in der Natur der Sache, daß in einer so gewaltigen, in einheitlichem Geiste geleiteten Maschinerie, wie es das moderne Heerwesen in allen Staaten ist, sich allmählich neben dem politischen Zwecke etwas wie ein Selbstzweck entwickelt. Für die Berufsoldaten, die jeden Zusammenhang mit dem Leben der Nation allmählich verlieren, ist ein Krieg nicht die Zeit des Schreckens, nicht eine Gefährdung höchster Kulturgüter, sondern der Tag der Erfüllung, vom Ehrgeiz und von der Ruhmsucht jehühlich herbeigewünscht. Ganz ähnlich verhält es sich mit der Berufsdiplomatie. Auch sie fühlt sich fortwährend gedrängt, den Beweis ihrer Existenznotwendigkeit durch Anzettelung und Anregung immer neuer Intrigen zwischen den verschiedenen Regierungen zu liefern.

Daher kommen wir aus einem Zustand internationaler Spannung, dauernden Mißbehagens nicht heraus: Militarismus und Diplomatie sind zugleich Ursachen und Folgen. Solche internationale Spannungen haben aber die verhängnisvollsten Wirkungen auf das Wirtschaftsleben der einzelnen Völker; in Verneinerung der Arbeitslosigkeit, in Unsicherheit des Abzuges, in Schwierigkeiten bei der Kreditgewährung kommen die Folgen künstlich genährter Entfremdung der einzelnen Völker zum Ausdruck. Wir treiben Realpolitik im besten Sinne des Wortes, wenn wir auf dem internationalen Kongress wieder nachdrücklich betonen, daß die breiten Schichten der verschiedenen Völker weit entfernt sind, mit Bewunderung dem Gerüche der Militärischen und Diplomatischen zuzuschauen, vielmehr sich mit Entrüstung gegen dieses volkschädigende Gebaren erklären und in feierlicher Form dazunehmen, daß sie gewillt sind, zum Wohle der Völker den Frieden mit allen nur möglichen Mitteln aufrechtzuerhalten. Es handelt sich dabei nicht um Wehrlosmachung einzelner Länder, um atypische Vorwegnahme eines heute noch nicht durchführbaren Zustandes ewiger Friedfertigkeit, sondern lediglich um die Festhaltung unseres entschlossenen Willens, dem Militarismus mit allen seinen Begleiterscheinungen ein möglichst rasches Ende zu bereiten.

Was die Kolonialfrage anlangt, so wird sie kaum zu langen Auseinandersetzungen Veranlassung geben. Es besteht keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß der Sozialismus eine vernünftige, von menschlichen Grundgesetzen geleitete Kolonisationsbewegung nicht verwirft. Wogegen er sich wendet, das ist lediglich die heutige brutale, jenseit kapitalistische Art der Kolonisierung. Bei der Betrachtung des Kolonialproblems wollen wir doch nicht aus den Augen verlieren, daß die ganze heutige Organisation der Weltwirtschaft auf kolonialistischer Tätigkeit der jeweils in der Kultur voranstehenden Völker beruht. Die moderne Entwicklung des Kapitalismus und die damit verknüpfte Entfaltung der modernen Kultur, der Grundlagen unseres eigenen Lebens, datiert erst von der Erschließung der großen Rohstoff- und Absatzgebiete Nordamerika, Indiens, Australiens und Afrikas. Der eben geschilderte Standpunkt, daß es im wesentlichen nur darauf ankommt, die kapitalistische Form der Kolonisation zu bekämpfen, ist von der deutschen Sozialdemokratie bisher stets vertreten worden. In den erregten Debatten vor der Auflösung des letzten Reichstags hat der Führer der Partei in diesem Sinne bindende prinzipielle Erklärungen abgegeben.

Erdlich finden wir noch eine Frage von höchster allgemeiner Bedeutung auf der Tagesordnung des internationalen Kongresses. Das ist das Frauenwahlrecht. Wenn wir uns auf einem internationalen Kongress mit dem Frauenwahlrecht zu einer Zeit befassen, wo wir in Preußen und Sachsen noch den Kampf für das Männerwahlrecht der Proletarier anzufechten haben, so machen wir damit keineswegs Zukunftsmusik. In Finnland, in Schweden, in Neuseeland, in verschiedenen Einzelstaaten der amerikanischen Union, in den Kolonien des australischen Gemeinwehens haben die Frauen heute bereits das Wahlrecht und üben es zum Segen der Allgemeinheit aus. Durch die Erfahrungen, die man in diesen Ländern gemacht hat, werden die Befürchtungen derer widerlegt, die einen Stillstand des politischen und sozialpolitischen Fortschritts von der Einführung des Frauenwahlrechtes befürchten, weil sie annehmen, daß die in Abhängigkeit erzogene Masse der Frauen reaktionären Einflüsterungen besonders zugänglich sei. Es gibt keinen wirklichen und tiefgreifenden Fortschritt in unserer Gesellschaft, wenn wir die Unterdrückung der einen Hälfte des Menschengeschlechtes durch die andere weiterbestehen lassen. Frauenwahlrecht ist die Voraussetzung des gedeihlichen Fortganges unserer Kultur-entwicklung.

Bei der Über einstimmung in den Grundzügen der bisher behandelten allgemeinen Fragen, bei der es wohl möglich sein wird, in einstimmig oder nahezu einstimmig angenommenen Resolutionen die Meinung des Kongresses niederzulegen, dürfte ihre Behandlung nicht allzuviel Zeit in Anspruch nehmen. Ganz anders wird es veranlaßt, wie wir schon oben sagten, bei den anderen, mehr gewerkschaftlichen Fragen werden. Über das Verhältnis der Gewerkschaften zu den sozialistischen Parteien haben wir in Deutschland auf dem Gewerkschaftskongress zu Köln, auf dem Parteitag zu Jena und dem zu Mannheim so ausführlich geredet, haben darüber so klare Beschlüsse gefaßt, daß bei uns jedenfalls kein erhebliches Bedürfnis besteht, auf diesem Gebiet neue Verhandlungen zu pflegen. In anderen Ländern ist man so weit noch nicht. In Frankreich zum Beispiel bemüht sich eine Gruppe der Arbeiterchaft, die Syndikalistin, um die Vorherrschaft. Sie ist der Ansicht, daß die politische Betätigung der Arbeiterchaft nichts als eine sinn- und zwecklose Verdröhlung von Zeit und Kraft sei und daß nur die „direkte Aktion“ Erfolg verspreche. Was sie unter dieser „direkten Aktion“ eigentlich versteht, hat sie bisher wohlweislich in einem nebelhaften Dunkel gelassen. Unflare oder vielleicht nur allzu klare Elemente in Deutschland haben sich in ihrem Gedankengang den Phantasmagorien dieser französischen Syndikalistin ziemlich weit angenähert; es sind das die politisch und gewerkschaftlich bedeutungslosen und lediglich als Störenfriede wirkenden anarcho-sozialistischen Sozialisten; mit ihnen in Deutschland auf die eine oder die andere Weise fertig zu werden, ist eine Aufgabe der sozialistischen Parteileitung, der sie sich nicht wird entziehen können. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die ehrlichen und tüchtigen Elemente der Arbeiterchaft, die sich heute noch in den lokalen Organisationen halten, ihren Weg in die Partei und in die Zentralorganisations-Gewerkschaft finden werden. Um den Rest ist es nicht schade. Jedenfalls sind wir, was uns anlangt, nicht geneigt, Zustände, wie in Frankreich und Italien, sehenden Auges und ohne Widerspruch heranzuwachsen zu lassen.

Die Zukunft ebenso wie die Gegenwart der Gewerkschaftsorganisation gehört den großen Zentralverbänden. Sie haben die Aufgabe, durch eine geschickte und entschlossene Betätigung das Lebensniveau ihrer Mitglieder ständig zu heben. Dazu müssen sie Lohnerböschung erkämpfen und Arbeitszeitverkürzung durchzuführen. Beides ist in großem Maße nur erreichbar, wenn die überwältigende Mehrheit der in einem Beruf tätigen Lohnarbeiter und Lohnarbeiterinnen dauernd an die Organisation angeschlossen ist.

Im Kampfe um dieses Ziel haben die Organisationen mit der verhängnisvollen Tätigkeit der Lohnbrücker und Streikbrecher zu rechnen. Es sind dies teils moralisch minderwertige Elemente, die nie ganz ausgerottet werden können, teils amnoch unorganisierte und unangeleitete, aber der Belehrung und der Organisation immerhin zugänglich Leute, teils aber auch sind es Landstreicher, von den Kapitalisten eigens zum Zwecke des Lohnbrückens herangezogene Leute. Sowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie Deutschlands finden wir heute eine außerordentlich große Menge flüchtiger Arbeiter, die zu keinem anderen Zwecke als volkswirtschaftlich und kulturell zurückgebliebenen Gegenden herbeigezogen wurden, als um die Lohnansprüche der deutschen

Arbeiter abweisen zu helfen. Ja, die Phantasie gewisser kapitalistischer Claqueurs hat sich schon dazu verfliegen, gelbe Kulis inassenhaft herbeizuholen, um die einheimischen Arbeiter zu schädigen. Der Lohnbrückerimport wird in der Tat zur Massenerscheinung. Wir wollen dabei aber nicht übersehen, daß er zeitweise nicht nur aus rückständigen, sondern auch aus hochstehenden Ländern vorgenommen werden kann. Beim letzten Hafenarbeiterstreik in Hamburg lieferte England mehr als 2000 Streikbrecher. Eine ähnliche Erscheinung konnten wir bei Seidel & Raumann in Dresden beobachten. Aber es handelt sich dabei vielfach um Leute, die in England selbst nicht bodenständig sind.

In dem Kampfe gegen die Einwanderung aus rückständigen Gegenden und gegen den organisierten Lohnbrückerimport können wir uns nicht zu einer Schließung der Grenze verstehen. Dagegen sprechen nicht nur allgemeine politische Erwägungen und solche der Humanität, sondern auch die Gebote der internationalen Proletarier-Solidarität. Der Hinweis auf das Verhalten Nordamerikas und Australiens gegen die Einwanderung von Chinesen und Japanern ist für uns nicht beweiskräftig; die Unterschiede zwischen einem Chinesen und einem nordamerikanischen Arbeiter sind dem doch viel größer als die zwischen einem deutschen und einem polnischen. Aber wir können uns auch nicht mehr- und waffenlos dieser Lohnbrückergefahr überlassen, sondern müssen ihr durch eine eifrige Tätigkeit Dämme entgegenzuwerfen suchen. Da ist es nötig, daß wir zunächst einmal unser Augenmerk auf die Quellengebiete des Einwandererstroms richten und dort nach Möglichkeit Aufklärung zu schaffen suchen. Damit stoppt man freilich den Strom nicht ab, wohl aber bereitet man die Zuwandernden darauf vor, daß sie in ihrer neuen Heimat sofort den Arbeiterorganisationen beizutreten haben. In der Heimat haben die organisierten Arbeiter den Kampf gegen die Lohnbrücker in der Weise zu organisieren, daß sie den Staat und die Selbstverwaltungskörperschaften zwingen, bei öffentlichen Bauten und Unternehmungen Gewerkschaftslöhne zu zahlen und die von der Gewerkschaft aufgestellten Arbeitsbedingungen einzuhalten. Geschieht das, dann entfällt für diese Körperschaften vielfach der Reiz, sich fremder Arbeitskräfte zu bedienen. Dasselbe muß bei den Privatunternehmen durchgesetzt werden. Dann werden die Fremden nicht in die Gefahr kommen, den einheimischen Schnurhakenkonkurrenz zu machen. Wird dann rechtzeitig mit der Aufklärung der Fremden begonnen und ihnen die Möglichkeit des Beitritts zur Organisation offengehalten, so sind die Interessen der einheimischen Arbeiterchaft ebenso wohl beachtet wie die Gebote internationaler Solidarität. Weiter als wir fähig haben, kann die Arbeiterchaft hochstehender Länder den Einwandernden nicht entgegenkommen, wenn sie nicht ihre eigenen Interessen verraten will.

Der Kampf gegen die Lohnbrücker hat aber noch eine andere Seite. Die Gestaltung des Eigentumsrechtes an Grund und Boden im Osten Deutschlands, das Überwiegen des Großgrundbesitzes in diesen Gegenden, bedingt eine langsame Entvölkerung jener Landstriche und eine Abwanderung der deutschen proletarischen Massen nach dem Westen. In die so geschaffenen Lücken und leeren Räume drängen russische und galizische Saison-Lohnflaven. Dieser Zustand ist von unserem Standpunkt aus in keiner Weise wünschenswert; wir müssen also danach trachten, den Großgrundbesitz im Osten durch bäuerliche Ansiedlungen zu ersetzen. Das ist eine politische Aufgabe, zu deren Lösung wir durch die Änderung unserer agrarischen Gesetzgebung gelangen. Aufhebung des Getreidezolls, Abschaffung der Schnapssteuern — und noch ein paar solche Maßregeln — und der Großgrundbesitz im Osten hat aufgehört zu existieren. Dann tritt an seine Stelle eine Bauernwirtschaft, die man im Wege genossenschaftlicher Organisation leistungsfähig machen kann. Das wäre in wahren Sinne des Wortes Ostmarkenpolitik, gerade so kulturfördernd, wie die unjünglichen Bemühungen der preussischen Regierung in jenen Gegenden heute kulturschädigend sind. Eine Umwälzung der landwirtschaftlichen Eigentums- und Betriebsverhältnisse im Osten bedeutet aber gleichzeitig eine Erleichterung für den Arbeitsmarkt in den Industriegebieten Deutschlands. Sie liegt also im wohlverstandenen Interesse der Industriearbeiterchaft.

Wir wollen hoffen, daß der Kongress in Stuttgart sich in klarer und unzweideutiger Weise auf den Boden der Tatsachen stellt und nicht etwa auf Grund sentimentaler Deklamationen Beschlüsse fassen wird, die, wenn man sie durchführt, geeigneter wären, die Lebensinteressen der Arbeiterchaft hochstehender Länder zu schädigen. In diesem Sinne begrüßen wir nochmals die Vertreter des internationalen Proletariats und hoffen, daß ihre Arbeiten fruchtbar und segensbringend sein werden.

Zur Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai.

Die Maifeier steht zwar nicht auf der Tagesordnung des bevorstehenden internationalen Arbeiterkongresses, wenn man aber die Berichte der sozialdemokratischen Tagespresse über die Parteiverfassungen durchgeht, die sich mit diesem Arbeiterkongress beschäftigen, so könnte man meinen, er habe fast gar nichts anderes zu tun, als über die Arbeitsruhe am 1. Mai zu diskutieren. Die Art und Weise, wie in mancher Parteiverammlung die Sache behandelt worden ist, veranlaßt uns, doch noch das Wort dazu zu nehmen, obwohl wir ursprünglich nicht die Absicht hatten, etwas dazu zu sagen. Wir beabsichtigen jedoch keineswegs, eine besondere Agitation gegen die Arbeitsruhe zu entfachen. Eine solche erheben wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht. Vor einigen Wochen hat der Reichstagsabgeordnete Scheidemann in einer Parteiverammlung

lung zu Kassel unter anderem über die Arbeitsruhe am 1. Mai gesagt, eine Besprechung auf dem internationalen Sozialistenkongress sei dringend erforderlich, aus der jegliche Situation müßte hervorgehen. Denselben Wunsch hegt die übergroße Mehrzahl der organisierten Arbeiter Deutschlands. Wie weit die organisierte Arbeiterschaft der anderen Länder überhaupt darüber nachdenkt, entzieht sich unserer Kenntnis. So berechtigt dieser Wunsch ist, so glauben wir dennoch leider prophezeien zu müssen, daß der Kongress ihn nicht erfüllen wird. Es wird wieder dazu kommen, daß die Arbeitsruhe „jedem zur Pflicht gemacht wird, soweit es z. z.“ Es wird schon aus dem Grunde wohl kaum zu einem anderen Ergebnis kommen, als in der Diskussion mit je ungleichen Waffen gekämpft wird. Das darf unter keinen Umständen verschwiegen werden. Wer sich nämlich erlaubt, etwas gegen die Arbeitsruhe zu sagen, wird gleich mehr oder weniger unverblümt des Parteiverrats bezichtigt. Die Befürworter der Arbeitsruhe dürfen sich dagegen die ungenügende Agitation erlauben. Hingegen kommt noch, daß die, die unter den heutigen Verhältnissen Gegner der Arbeitsruhe sind, sich in ihrer Argumentation schon deshalb Zurückhaltung anfertigen, damit sie den politischen und gewerkschaftlichen Gegnern nicht auch Agitationsmaterial liefern. Es ist ferner, genau genommen, jetzt eine ebenso unpassende Zeit, über die Arbeitsruhe zu diskutieren, wie im Jahre 1905. Auch heute müssen wir noch nichts genaueres über die Zunahme der Industriearbeiter-Bevölkerung. Näheres über die Zunahme der Industriearbeiter-Bevölkerung. Näheres über die Zunahme der Industriearbeiter-Bevölkerung. Näheres über die Zunahme der Industriearbeiter-Bevölkerung.

Viele Kongreßdelegierte werden, wie schon so oft, auch diesmal sich bei ihrer Stellungnahme zur Arbeitsruhe vom Gefühl leiten lassen, denn ausreichendes Material zur wirklich sachlichen Prüfung der ganzen Angelegenheit ist nicht vorhanden. Wie weit die Meinungen über den bisherigen Verlauf der Arbeitsruhe auseinandergehen können, zeigt folgender Vorfall: Über die Zahl der Teilnehmer am Festzug, der am Nachmittag des 1. Mai 1906 in Stuttgart veranstaltet wurde, berichteten nachbenannte Parteiblätter folgendermaßen:

Sächsische Arbeiterzeitung	5500 Teilnehmer
Schleswig-Holsteinische Volkszeitung	6000
Vergische Arbeiterstimme	6000 bis 7000
Schwäb. Tagewacht (Stuttgart):	mehr als 7000
Leipziger Volkszeitung	8000
Vorwärts	10000 (?)

Durch Zählung wurde festgestellt, daß der Zug aus 1080 Reihen bestand. In jeder Reihe marschierten fünf Mann. Rechnete man nun noch die Ordner z. hinzu, so konnten 5500 Teilnehmer am Festzug wohl herauskommen. Die Parteipresse ließ es sich damals angelegen sein, besonders auf die „zahlreiche“ Beteiligung an der Arbeitsruhe in Stuttgart hinzuweisen. Soweit wir es sehen haben, hat aber kein einziges Parteiblatt davon Notiz genommen, daß im Jahre 1905 (wo bekanntlich kein Festzug veranstaltet wurde) erst die Eingemeindung der Vororte Cannstatt, Unterlärcheim und Wangen stattgefunden hatte. Dieser drei Orte, wo die Arbeiterbevölkerung verhältnismäßig viel stärker ist als in Alt-Stuttgart, hatten vordem ihren eigenen Festzug gehabt. 1906 marschierten sie zum erstenmal mit den Stuttgartern zusammen, daher die große Beteiligung. Es wurde also sehr — zuverlässig über die Stuttgarter Maifeier berichtet.

Das umfassendste, was bisher unternommen wurde, um eine sachliche Untersuchung der Frage der Arbeitsruhe zu erleichtern, hat neben seinen statistischen Erhebungen der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes getan, indem er vor etwa zwei Monaten die Zeitschrift herausgab: „Geschichtliches zur Maifeier in Deutschland. Nach statistischem Material zusammengestellt vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.“ Über diese Schrift urteilt die Leipziger Volkszeitung vom 17. Juli folgendermaßen:

„Die Tendenz der Schrift geht daraus hervor, nachzuweisen, daß es im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung liegt, vor der Arbeitsruhe am 1. Mai ein für allemal abzusehen. Für diesen Zweck ist das statistische Material etwas einseitig zusammengestellt und auch etwas lückenhaft, indessen häuften wir daran keinen größeren Vorwurf und keinen objektiven Tadel. Keinen subjektiven Vorwurf, denn wer beweisen will, wovon er innig überzeugt ist, wird mit dem Beweismaterial immer etwas willkürlich umgehen, das ist allgemeine Menschennatur, und von einer Abwärtstendenz darf man nicht laienhafte Maßregeln beantragen. Keinen objektiven Tadel, denn nach ihrer einseitigen und lückenhaften Bewertung des statistischen Beweismaterials wird die Schrift bei allen halbwegs unbefangenen Lesern den Eindruck hervorzurufen, sie ist einseitig und schamlos die Gründe seien, die für den Verzicht auf die Arbeitsruhe am 1. Mai geltend gemacht werden.“

Die Leipziger Volkszeitung war anscheinungsweise wohl höchlich in ihrer Kritik. Im Interesse der Sache wäre es aber doch besser gewesen, wenn sie, statt unserer Vorwand quasi zu einschüchtern, wenigstens den Versuch gemacht hätte, das angeblich einseitige statistische Material zu ergänzen. Indem sie dies jedoch nicht tat, wandelte sie genau in den Fußstapfen aller übrigen Befürworter der Arbeitsruhe, die es regelmäßig vermeiden, sich an die Tatsachen zu halten. Auf dieselbe Weise verfährt sie bei den folgenden Ausführungen:

„Im Grunde ist es nur ein einziger Grund, nämlich der Hinweis auf die Kosten, die den Gewerkschaften durch die Arbeitsruhe entstehen oder genügen, durch die Aufstellungen, wonach die Gewerkschaften die Arbeitsruhe am 1. Mai zu jenen demütigt sind. Man fragt es sich doch zunächst, ob diese Kosten unerschwinglich sind dem propagandistischen Wert der Maifeier überwiegen. Wenn aus dem Standpunkt jener nächsten Schachermacherei, die dem Kapitalisten gut zu Gesicht stehen mag, aber dem Arbeiter um so schmerzlicher zu Gesicht steht, wonach jeder ausgegebene Pfennig jenseit eines neuen Pfennigs heben mag, nicht natürlich auch wieder schmerzlicher. Sie sagt nun, daß die Kosten in gar keinem Verhältnis stehen zu dem verhältnismäßig langwierigen Fortschritt der Arbeitsruhe am 1. Mai, möge sie auch Fortschritt machen, so doch so langsam, daß der Zahl der Streikenden gegenwärtig kaum ein Prozent der Industriearbeiter betrage. Wäre dem wirklich so — und ein Beweis für die Wichtigkeit ihrer Entscheidung bringt die Schrift nicht bei — man, so ist ja auch die Veranschlagung ausgeschlossen, daß die Kosten der Maifeier die Kosten der Gewerkschaften endlich gelassen könnten.“

Es mag nun nicht gerade einen guten Eindruck, daß man von den Argumenten der Gegner der Arbeitsruhe heranzieht immer nur das nebenjächliche beachtet, dagegen das hauptsächlichste ebenso heranzieht und mit jener überzieht. Diese verwerfliche Herangehensweise mag eine unwillkürliche der Bewertung haben, daß sie nicht ohne Mißtrauen geschähe. Da es nun jenseitigen Platz zu widerlegen: Nicht die „Schachermacherei“ und die „Pfennigjägererei“ sind es, die die Gewerkschaften veranlassen, die Aufhebung der Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben, sondern es ist ja seit Jahren in erster Linie die Gründe, die bereits vor zehn Jahren auf dem Hamburger Parteitag von dem Genossen Stolten angeführt worden sind. Stellen jährt damals nur andere aus:

„Durch die Forberung der Arbeitsruhe am 1. Mai verschlechtern wir auch unsere Position im Kampfe gegen die Unternehmer. Nichts ist gefährlicher, als den Gegner vorher von unseren Absichten zu unterrichten. Auf den 1. Mai sind sie immer gerüstet, und die durch denselben hervorgerufenen Ausperrungen haben fast keinen Erfolg für die Arbeiter gebracht.“

Dieses Argument ist nun nachgerade oft genug hervorgehoben worden. Es wird aber von der Leipziger Volkszeitung und etlichen anderen Befürwortern der Arbeitsruhe nach wie vor hartnäckig ignoriert, so daß wir kaum hoffen dürfen, es werde in Zukunft mehr Beachtung finden. Um nicht neuen Streit zu entfesseln, enthalten wir uns an dieser Stelle des Urteils über eine solche Handlungsweise. Wir schätzen uns aber glücklich, daß die Sache nicht umgekehrt liegt. Daß die Arbeitsruhe sich nicht in der gewünschten Weise ausbreitet, wird von der Leipziger Volkszeitung folgendermaßen zu beschönigen versucht:

„Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat mehr als dreißig Jahre gebraucht, ehe sie sich auf großartigem Fuße zu entwickeln begann und die Maifeier ist immerhin noch nicht zwanzig Jahre alt. Inwiefern ist das schließlich ein äußerlicher Vergleich, auf den wir kein besonderes Gewicht legen wollen. Darüber man sich aber klar sein muß, daß die Tatsache, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai in breite und große Schichten des deutschen Proletariats ebenso wenig oder ebenso spätlich herankommt, wie die gewerkschaftliche Bewegung in dieselben Schichten eindringt; auch die gewerkschaftliche Bewegung wird immer nur eine Minderheit der Arbeiter umfassen und die Maifeier, am 1. Mai das gesamte Proletariat feiern zu sehen, mag so richtig sein, wie sie will, aber sie ist um kein Atom richtiger, als die Illusion, das gesamte Proletariat gewerkschaftlich organisiert zu sehen. Mit dieser Beweisführung ist gar nichts bewiesen; der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beweist sie selbst, indem er den langsamen Fortschritt der Arbeitsruhe am 1. Mai zugibt. Unter solchen Umständen auf sie verzichten, wäre ebenso falsch, als wenn ein Heer einen mühsam eroberten Boden unter dem Hohngeächter der Feinde preisgeben wollte, um einige Erparnisse in der Kriegskasse zu machen.“

Es wäre nun ganz interessant, zu erfahren, aus welcher Äußerung vom Vorstand unseres Verbandes die Leipziger Volkszeitung das Ingestandnis herleitet, die Arbeitsruhe habe Fortschritte gemacht. In der besprochenen Broschüre steht nämlich nichts davon. Wir sind der Meinung, daß unser Vorstand auch durchaus nicht berechtigt wäre, so zu urteilen. Nach dem vorliegenden Zahlenmaterial erstreckten sich die Erhebungen des Vorstandes über die Arbeitsruhe:

im Jahre	auf Streikenden	auf Arbeiter	davon streikten	in Prozent
1905	358	681334	35325	5,2
1906	430	939273	31609	8,6
1907	416	1155705	50644	4,5

Diese Zahlen sind ganz besonders lehrreich. Sie zeigen unter anderem, daß die im Jahre 1906 künstlich hochgetriebene Begeisterung für die Arbeitsruhe sehr bald einer Ernüchterung Platz gemacht hat. Für die Behauptung der Leipziger Volkszeitung: „... auch die gewerkschaftliche Bewegung wird immer nur eine Minderheit der Arbeiter umfassen“ können wir hier nicht mit der erforderlichen Ausführlichkeit eingehen, weil es zu weit führen würde. Es möge für diesmal der Hinweis genügen, daß man — besonders nach den Erfahrungen in den letzten Jahren — sehr wohl anderer Meinung sein kann und daß schon manche Prophezeiung hervorragender Parteigenossen über die Gewerkschaften sich als unrichtig erwiesen hat.

Es bleiben also nur noch die recht vagen Behauptungen von dem „propagandistischen Werte“ der Arbeitsruhe und von dem „Hohngeächter der Feinde“ für den Fall der Abschaffung. Es wäre wirklich sehr schön um die Arbeiterbewegung bestellt, wenn ihr keine besseren Agitationsmittel zur Verfügung ständen, als die Arbeitsruhe an einem einzigen Tage des Jahres, die noch dazu in jenseitigen Fällen durch Überstandenerbeit wieder ausgeglichen wird. Das Hohngeächter der Feinde“ wird sehr bald verschwinden, wenn die Feinde sehen, daß die auf die Agitation für die Arbeitsruhe verwendete Arbeit anderen, erhabeneren zu nützlicheren Zwecken zugewandt wird. Wir denken nicht so niedrig von der Arbeiterbewegung, daß wir glauben, sie könne durch den Verlust dieses „Agitationsmittels“ und durch das „Hohngeächter der Feinde“ Schaden erleiden.

Die Argumentation der Befürworter der Arbeitsruhe erinnert uns an eine Kontroverse, die im Jahre 1905 zwischen einem hervorragenden Parteigenossen und der früheren Redaktion des Vorwärts stattfand. Der besagte hervorragende Parteigenosse machte damals einen Unterschied zwischen „ethisch-ästhetischen Dingen“ und „ökonomisch-historischen Dingen“. Das ethisch-ästhetische Denken galt dem hervorragenden Parteigenossen offenbar als minderenwertig und nicht streng marxistisch. Die Leipziger Volkszeitung wurde uns nun zu aufrichtigem Danke verpflichtet, wenn sie uns klar machen wollte, welcher Art von Dummheit die Argumente für die Arbeitsruhe entspringen. Nach den Erfahrungen, die in den letzten Jahren so mancher Parteigenosse hat machen müssen, dürfen wir uns ja leider nicht der Illusion hingeben, daß wir die wirklich allein richtige marxistische Geschichtsauffassung völlig kopiert haben. Wir müssen zu unserer Bestürzung sagen, daß uns die Argumente für die Arbeitsruhe sehr „ethisch-ästhetisch“ vorkommen. Solange wir nicht eines besseren belehrt werden, müssen wir an der Meinung festhalten, daß die Arbeitsruhe als Demonstration und als Agitationsmittel nicht nötig ist, daß sie im Gegenteil auch jetzt noch geringer ist, als Agitationsmittel zu wirken (siehe unter anderem Berlin). Wir sind deswegen der Meinung, daß es am besten ist, wenn der internationale Arbeiterkongress beauftragt, die Arbeitsruhe am 1. Mai abzuschaffen und die Demonstration auf den Abend des 1. Mai oder auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen, wie dies ja auch schon allerorts geschehen ist, wenn es möglich ist. Wir aber bereits gesagt, haben wir keine Hoffnung, daß der Kongress so beschließen wird.

Es erhebt sich nun noch notwendig, uns mit einigen Bemerkungen des Vorwärts zu beschäftigen. Der Vorwärts schrieb in seiner Nr. 125 vom 1. Juni 1907:

„Es ist uns sehr, der Stuttgarter internationale Kongress die Bejahung der internationalen Bewegung und der deutschen Parteitage bezeugen, so erwarten wir, daß dem der Eintritt endgültig verstanden wird. Besonders erheben wir dann die „jüngste Form“, das die Gewerkschaften, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, es sich zu einer ehrenvollen Aufgabe machen, die Arbeitsruhe am 1. Mai noch ganz anders einzurichten, als es schon jetzt der Fall war. Sollten die Umstände dieser oder jener Organisation zwingen, so können sie davor absehen, keine Partei der politischen Organisation zu bezeichnen, um so weniger, als ja die beabsichtigte politische Forderung zwischen Parteimitgliedern und Gewerkschaften nicht nur einander, sondern auch die Gewerkschaften untereinander zu trennen.“

Die gute Absicht des Vorwärts in allem Gern — er vertritt aber doch, daß der Verfasser des Artikels über die Praxis der Arbeiterbewegung nur mangelhaft informiert ist. Selbst wenn es so weit kommen sollte, daß immer, der eine irgendeine führende

Stellung in den Gewerkschaften einnimmt, es mehr wagt, eine abweichende Meinung zu äußern, so werden doch die Arbeiter, die unter den Folgen der Arbeitsruhe zu leiden haben, sich dies durch keinen Kongreßbeschluss verbieten lassen. Auch werden sie nach Mitteln und Wegen suchen, ihre Meinung zur Geltung zu bringen und die Gewerkschaftsführer werden nicht umhin können, solchen Strömungen Beachtung zu schenken. Selbst der Vorwärts gesteht zu, daß es Fälle geben kann, die „dieser oder jener Organisation Vorschub gebieten“ und im vorigen Jahre schrieb er (Nr. 191 vom 18. August 1906):

„Gewiss haben die Gewerkschaften ein Recht, von der Partei Rücksichten auf die gewerkschaftlichen Bedingungen und Möglichkeiten zu verlangen. Das ist aber in der Frage der Maifeier auch durch die Fassung der Maifeierresolutionen geschehen, die es in die Hand der Gewerkschaften selbst legten, sowohl in Rücksicht auf die Pflege des proletarischen Idealismus, als auch in Rücksicht auf die Durchführungsmöglichkeiten der Arbeitsruhe dem Umfang der Arbeitsruhe selbst zu bestimmen.“

Wo ist nun aber die Grenze zu ziehen? Darüber werden die Meinungen stets auseinandergehen, zum Schaden der Arbeiterbewegung. Dieser Umstand und jener der oben zitierte, bereits 1897 von Genossen Stolten angegebene Grund sind die Motive, die uns veranlassen, für die Abschaffung der Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten.

Wirtschaftliche Rundschau.

Für das Gewesene gibt der Jude nichts. Mit dieser laubläufigen Lebensart läßt sich der Eindruck, den die glänzenden Berichte und Abschlüsse der verschiedenen Syndikate und der führenden deutschen Stahlwerke auf Börse und Handelspresse hervorgerufen haben, kurz aber treffend charakterisieren. Es trat trotz alledem keine zuverlässigere Auffassung über die Entwicklung der Konjunktur ein, die Börsen — sowohl im Inland als im Ausland — betandelten eine recht trostlose Verfassung. Man rechnet die günstigen Ausweisziffern bereits der Vergangenheit zu und will in ihnen keinen Beweis für die Stetigkeit der Konjunktur erblicken. Unter normalen Verhältnissen hätten dieselben Abschlüsse der Syndikate und der einzelnen Unternehmen zweifellos Hausfrauen auf dem internationalen Warenmarkt ausgelöst, so aber blieben sie wirkungslos. Der Hauptversammlung des Stahlwerkverbandes wurde in Ergänzung des Jahresberichtes, der im wesentlichen die schon bekannten Ziffern über die Absatzsteigerung im verflochtenen Geschäftsjahr brachte, berichtet, daß in Halbzeug reichliche Spezifikationen vorliegen, daß trotz weiterer Einschränkung des Exports es leider noch immer nicht möglich sei, der inländischen Rundschau die gewünschten Mengen voll zuzuführen. Die zur Sicherung im dritten Quartal noch vorliegenden Mengen sollen den Werken reiche Beschäftigung in dem bisherigen Umfang sichern. Das Bedauern über die Halbzeugnot entbehrt nicht einer gewissen Komik, da sie bekanntlich durch die Syndikatswerke künstlich heraufbeschworen wurde, um den neuen Absatzplan das Leben so schwer wie möglich zu machen. Der Verlauf für das vierte Quartal 1907 wurde zu den bisherigen Preisen und Bedingungen freigegeben. Über die Aufträge an Eisenbahnmaterial, die den Werken bis Ende dieses Jahres vorliegen, wurde berichtet, daß sie nahezu die Höhe der Beteiligungsziffern der Werke für diese Zeit erreicht haben. Man rechnet angelegentlich mit ziemlicher Sicherheit darauf, daß der jetzt schon vorliegende Auftragsbestand bis Jahres-schluß nicht bewältigt werden könnte. In Formweisen sollen nach dem bisher vorliegenden Auftragsbestand die Werke auf drei bis vier Monate voll besetzt sein.

Ganz anders noch waren die Ziffern, die der amerikanische Stahltrupp verkünden konnte. Das zweite Quartal 1907 erbrachte nach Abzug der gewöhnlichen Betriebskosten einen Überschuf von 45 Millionen Dollar. Es ist der höchste Gewinn, der seit dem Bestehen des Stahltrupps zu verzeichnen gewesen ist. Dennoch nahm die New Yorker Börse auch diesen Abschluß mit starker Zurückhaltung auf, die Kurse wichen. In der Tat häuften sich in Amerika bald nach Bekanntgabe des Truppschlusses die Gerüchte, die man als Behauptung einer Abschwächung der Wirtschaftslage ansah. Die Kohlenpreise wichen, auch die Kohlenpreise erfuhren seit geraumer Zeit zum erstenmal einen Rückgang. Alarmierend aber wirkte die Meldung, daß nach einer Erklärung des Direktors des Stahltrupps die Aufträge im Monat Juli um 25 Prozent gewichen sind. Nachträglich versuchte man diese Angaben abzuschwächen, doch man hielt an der Meinung fest, daß der Eingang neuer Aufträge ein erheblich langsames Tempo einschläge. So bietet Amerika daselbst ein Bild wie Deutschland, nur daß die Dinge in größeren Dimensionen erscheinen.

Von den deutschen Stahlwerken, deren Abschlüsse stets besondere Beachtung finden, ist in erster Reihe der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation zu erwähnen. Das Ergebnis entsprach den höchsten Erwartungen. Der Bruttogewinn übertrug mit 6 Millionen Mark den vorjährigen Betrag um etwa eine halbe Million, die Abschreibungen betragen 1.200.000 Mk., sie sind um 80.000 Mk. höher als im Vorjahr. Die Dividende von 16,7 Prozent ist die höchste, die das Werk bisher zur Verteilung bringen konnte, in den Vorjahren betrug sie 15 und 12 Prozent. Über die gegenwärtige Beschäftigung vermerkte der Bericht zwar nichts, doch nach unwidersprochen gebliebenen Meldungen soll die Gesellschaft für die nächsten acht Monate voll mit Arbeit versehen sein. Die Börse beantwortete dieses glänzende Ergebnis mit einer Kursherabsetzung der Bochumer Aktien um 5 Prozent. Sie hielt sich auf der Höhe der Konjunktur und in der Situation still. Guleinpiegels, der traurig war, wenn er den leichten Weg von der Bergeshöhe ins Tal einschlagen konnte, aber froh war, wenn er den steilen Weg bergan klettern mußte. Dieselbe Aufnahme fand der ebenso vorzügliche Abschluß der Vereinigten Stahlwerke von der Zupen und Wißener Eisenhütten. Der Bericht erwähnt, daß die glänzende Lage der Eisen- und Stahlindustrie dem abgelaufenen Betriebsjahr die Signatur gegeben hat. Obwohl die Abschreibungen von 600.000 auf 800.000 Mk. erhöht worden sind, liegt der Reingewinn von 1.675.097 Mk. auf 2.647.838 Mk., es gelangt eine Dividende von 16 Prozent gegen 13 und 10 Prozent in den Vorjahren zur Verteilung. Natürlich klagt selbst dieses Unternehmen angelegentlich über hohen Gewinn über die Preissteigerung für Rohstoffe und Erhöhung der Arbeitslöhne. Die Lohnsteigerung soll 15,22 Prozent betragen haben, sie steht dabei in einem beachtlichen geringen Verhältnis zur Steigerung des Reingewinns der Gesellschaft.

Ganz gleich guten Erfolges kann sich die Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte in der Oberpfalz rühmen. Die Dividende liegt von 23,7 Prozent auf 25,7 Prozent, entsprechend gestiegen ist die ganze Bilanz. Nach Deduktion der Verrechnungen und Aufwendungen ergibt sich ein Bruttogewinn von 4.765.213 Mk. Auf die im vergangenen Jahre ausgeführten Neu- und Umbauten und Erweiterungen im Werte von 4,9 Millionen Mark und auf die im Vorjahr als Anlagevermögen vorgetragene 6,5 Millionen Mark wurden als ordentliche Abschreibung 1.137.599 Mk. dem Gewinn entnommen. Dem allgemeinen Betriebs-, Reserve- und Amortisationsfonds wurden 738.399 Mk., dem Dispositionsfonds, dem Reservefonds für Hochofenreparaturen sowie einem Reservefonds für die Kohlenzeche Maximilian wurden 15

500 000 Mk. überwiesen. Außerdem wurden zur Bildung eines Anleiheobligationsfonds 80 000 Mk. zurückgestellt und dem Fonds für außerordentliche Unterstufungen 50 000 Mk. überschrieben. Es verbleibt noch ein Rest von 98 673 Mk., der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Diese Ziffern haben wir angeführt, um zu zeigen, daß die Gewinne noch weit höher sind, als sie es an sich schon nach der gesteigerten Dividende scheinen. Dies zu zeigen ist um so notwendiger, als auch diese Gesellschaft in dem Bericht auszuführen beliebt, daß für die meisten Produkte bessere Preise erzielt wurden, dieser Mehrerlös aber zum Teil wieder ausgezehrt wurde durch die wesentlich höheren Arbeitslöhne und die gestiegenen Preise für die Rohmaterialien.

Diese in fast allen Berichten der Aktiengesellschaften wiederkehrende stereotype Bemerkung, der Mehrerlös sei zum großen Teile durch die gesteigerten Arbeitslöhne ausgezehrt worden, ist eigentlich nur zur Beurteilung der Psychologie des Unternehmens von Interesse. Es wäre durchaus wünschenswert, wenn die immer wieder anzutreffende Behauptung zuträfe, doch die Abschlußziffern derselben Gesellschaften, die sie aufstellen, beweisen ihre Falschheit. Die enorme Gewinnsteigerung läßt sich mit diesem Scharfmaßerwahn in keinen Einklang bringen, die ständige Wiederholung der so leicht erkennbaren Täuschung zeigt stets von neuem, daß das Unternehmensmanagement in den bezahlten Löhnen nur eine unbilligste Belastung des Anleihekontos erblickt. Einzelne der Berichte erwidern geradezu den Eindruck, daß man in der Zahlung der Löhne gewissermaßen eine halbvolle Zuwendung von Almosen vorzunehmen glaubt. Setzt man bei den hier in Frage kommenden Verwaltungen diese blöde Auffassung in Wahrheit nicht, dann charakterisieren sich die erwähnten Hinweise als eine böswärtige Verlogenheit zum Zwecke der Verhöhnung der Kreise des besitzenden Publikums gegen die Arbeiterbewegung.

Am Zusammenhang damit sei darauf hingewiesen, daß nach diesem System bürgerliche Blätter die Arbeiterschaft verantwortlich gemacht haben selbst für den finanziellen Zusammenbruch der Lokomotiv- und Drehschneidemaschinenfabrik von Garrett, Smith & Co. in Magdeburg. So wurde behauptet, daß Streikaustritte einen erheblichen Einfluß auf den Ausbruch des Konkurses ausgeübt hätten. Demgegenüber stellt die Magdeburger Volksstimme fest, daß die vor dem Ausbruch des Konkurses ausgebrochene Lohnbewegung der Schneidemaschine nicht den geringsten Einfluß auf das Konkursereignis ausgeübt hat. Von erheblichem Einfluß aber waren die Geschäftsverbindungen mit der Holzfirma Schädel, der Austritt des Geschäftsführers John Garrett sowie die in den letzten Jahren nicht auf der Höhe der Zeit stehende Leitung der Fabrik. Von maßgebenden Geschäftskreisen werden diese Angaben bestätigt; die Volksstimme stellt zum Überflus noch fest, daß in keiner Fabrik der Stadt Magdeburg die menschliche Arbeitskraft so ausgenutzt worden sei, als gerade bei der in Konkurs geratenen Firma. Das Unternehmensmanagement und die ihm zu Diensten stehende Presse hat für die Ursachen guten und schlechten Geschäftsganges einzelner Unternehmungen jetzt scheinbar die einfache Erklärung: gute Gewinnergebnisse sind die Folgen genialer Unternehmertätigkeit, an Mißergebnissen tragen die Arbeiter die Schuld. Dieses System haben wir bei der Besprechung mehrerer Gesellschaften, die sich im vorigen Jahre nicht rentierten, gekennzeichnet. Besonders die Verwaltungen der Schiffswerften, die ungünstig gewirtschaftet haben, spielen sich mit Vorliebe als Opfer von Lohnbewegungen auf. So läßt die Schiffwerft Weser der Presse mitteilen, daß sie wohl nicht in der Lage sein wird, für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende zu verteilen, daß im Gegenteil wahrscheinlich ein Defizit zu verzeichnen sein wird. Dieses Resultat wird lediglich auf die Lohnbewegungen der Arbeiterschaft zurückgeführt. Nicht nur Streiks hätten den Betrieb lahmgelegt, auch während der Zeit, in der wirklich gearbeitet worden sei, hätte die Gärung unter den Arbeitern nicht förderlich auf den Betrieb gewirkt. Zurzeit wird die Lage der Weser-Gesellschaft wieder als eine bessere bezeichnet. An lohnenden Aufträgen liegen von Bestellungen der Kriegsmarine ein großer Kreuzer, ein Linienschiff und ein Minendampfer für die Handelsmarine unter anderem drei große Lloyd-Dampfer vor. Die Schiffswerften haben eine sehr auffällige Ausperrungsmanie und forschigen Eifer in der Bekämpfung und Zurückweisung der berechtigten und bescheidensten Arbeiterforderungen im verfloffenen Jahre bestätigt. Sieht man jetzt die Berichte verschiedener Gesellschaften an, so scheint der Verdacht nicht ungerechtfertigt, daß man zu Ausperrungen und Streikprovokationen nicht ungern greift, um unglückliche Dispositionen nach außen hin dadurch zu verdecken, vielleicht hat man auch versucht, sich auf diese Weise mehrfach von der Zahlung von Konventionstrafen zu drücken. Auch die Vorgänge bei der Aktiengesellschaft Friedrich & Co. müssen hierbei noch Erwähnung finden. Dieses Unternehmen hat bekanntlich mit einer großen Unterbilanz abgeschlossen; der Schuldige an den Maßnahmen, die dazu geführt haben, soll allein der inzwischen verstorbene Direktor gewesen sein. Man hatte zum Beispiel einen Dampfer von 1100 Tonnen zum Preise von 350 000 Mk. in Bestellung genommen, nach Fertigstellung ergab sich, daß Material und Löhne allein etwa 361 000 Mk. Kosten verursachten. Wegen verspäteter Lieferung mußte dann noch eine Konventionstrafe von 10 000 Mk. bezahlt werden. Derartige Vorkommnisse waren — natürlich in verschiedener Form — mehrfach zu verzeichnen. Verwaltung und Aufsichtsrat hatten nichts gemerkt. Inzwischen hat nun die Gesellschaft finanziell saniert, die neue Direktion soll die Sünden der alten gut machen.

Über Lokomotiv- und Waggonbestellungen wurden in jüngerer Zeit verschiedene Meldungen verbreitet, die über den Umfang neuer Aufträge irrige Vorstellungen zulassen. Bei den italienischen Lokomotivbestellungen, von denen man berichtet, handelte es sich nicht um neue Aufträge, sondern lediglich um eine Zusammenstellung aller Bestellungen, die von den italienischen Staatsbahnen in dem am 30. Juni 1907 abgelaufenen ersten Betriebsjahr erzielt wurden. Danach wurden 1069 neue Lokomotiven bestellt; von ausländischen Firmen wurde fast ausschließlich die deutsche Industrie beauftragt, der folgende Aufträge überschrieben wurden: 122 Lokomotiven der Firma Henschel & Sohn in Kassel, 105 Lokomotiven der Firma J. A. Maffei in München, 55 Lokomotiven der Firma Schwarz-Kopp in Berlin, 12 Lokomotiven der Firma Hartmann in Chemnitz und je 9 Lokomotiven der Elsassischen Lokomotivfabrik Graefenluden und der Maschinenfabrik Esslingen. Bemerkenswert ist, daß im Lokomotivbau jetzt auch die russische Konkurrenz sichtbar wird. Petersburger Werke erhielten die Bestellung von 20 Lokomotiven für die rumänischen Eisenbahnen. Die Österreicher, Deutsche, österreichischer, französischer und Firmen anderer Länder waren teurer. Auch die verschiedenen Nachrichten über die Waggonbestellungen der preussischen Eisenbahnverwaltung bedürfen einer Berichtigung. Es handelt sich hier wie bei den Lokomotivbestellungen nicht um neue Aufträge, sondern um Vergebungen, die bereits in Ausführung begriffen sind. Dagegen steht in dem laufenden Monat ein neuer Auftrag auf Personenwagen für die Staatsbahnen in Aussicht. Besonders D-Zugwagen werden vergeben werden. Die große Herbstbestellung von Güterwagen wird erst im Oktober erwartet. Die Waggonfabriken werden, wie allseitig erklärt wird, bis zur vollen Leistungsfähigkeit auf lange Zeit angepannt.

Zu ersten Bedenken geben die Ernteausichten Anlaß. Die Belwegenernte weist einen sehr bedeutenden Rückgang gegenüber dem Vorjahr auf, die Weizenernte Deutschlands ist schlecht. Unsere

Roggenernte ist quantitativ eine normale, doch der Roggen ist feucht, die neue Ware ist allein nicht vernachlässigbar, man muß mit starker russischer Einfuhr rechnen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, werden die hohen Getreide- und Brotpreise eher steigen als zurückgehen. Tritt nicht eine kaum zu erwartende Besserung des Ernteertrags ein, so ist zu befürchten, daß auch hierdurch die Gesamtsituation beeinträchtigt wird, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft aber zugleich weiter verteuert wird.

Unsere kollektiven Arbeitsverträge.

Das Jahrbuch des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes über das Jahr 1906 enthält auch wieder ein Kapitel über die kollektiven Arbeitsverträge. Darach ist die Zahl der von uns abgeschlossenen Tarife und Akkordpreistarife, die im vorausgegangenen Jahre 157 mit 6269 tarifreuen Betrieben und 41490 tariflich entlohten Arbeitern betrug, im Berichtsjahre gestiegen auf 299 mit 9186 tarifreuen Betrieben und 82207 tariflich entlohten Arbeitern. Die Zahl der Orte, an denen solche Tarife z. B. am Ende des Jahres bestanden, ist 105. Die größte Zahl der Tarifverträge weist München auf mit 23, ihm folgen Berlin mit 21, Solingen mit 11, Mannheim mit 10, Mainz und Nürnberg mit je 9, Frankfurt a. M., Hannover, Karlsruhe und Rathenow mit je 7, Göttingen, Ludenwalde und Stuttgart mit je 6, Dresden und Wilhelmshaven mit je 5 u. s. w. Über die Verbreitung der Tarife und Akkordpreistarife im Jahre 1906 nach Berufen orientiert folgende Tabelle:

Branche	Zahl der			
	abgeschlossenen Tarife	Tarife an Orten	tarifreuen Betrieben	darin beschäftigten Arbeiter
Drahtarbeiter	3	3	46	312
Dreher	1	1	1	22
Elektrumonteur	6	5	22	1411
Feilenhauer	14	13	189	886
Formen- und Metallgießer	66	45	153	7522
Gelbmetallindustrie	12	8	279	5722
Gold- u. Silberarbeiter	8	8	617	17519
Heizungs- u. Rohrleger	14	14	469	4328
Klempner	67	52	4037	14364
Kupferschmiede	1	1	36	60
Mechaniker	3	3	9	493
Messerschmiede	4	1	233	2028
Metallarbeiter	41	29	219	8453
Optische Arbeiter	2	1	77	647
Schläger	9	8	364	1606
Schleifer	2	2	27	206
Schlosser	39	23	2197	15709
Schmiede	5	5	174	550
Zinngießer	1	1	30	140
Arbeiterinnen	2	2	2	220
Zusammen	299	239	9186	82207

Danach überwiegen die Tarifverträge in den rein handwerksmäßigen Betrieben nicht mehr so stark, wie dies noch im Jahre 1905 der Fall war. Das kommt daher, daß infolge der Gold- und Silberarbeiterbewegung ein ganz ungewöhnlich großer Zugang an Tarifverträgen auch in Fabrikbetrieben zu verzeichnen ist, und dann brachte die Formen- und Gießereiarbeiterbewegung trotz dem heftigen Widerstand des Metallindustriellen-Verbandes eine ziemlich Anzahl Tarifverträge und Akkordpreistarife zumeist in den Gießereien, zum Teil aber auch in der Maschinenindustrie.

Über die Einrichtungen der Tarifverträge in bezug auf Mindestlöhne und Zuschläge für Überstunden orientiert folgende Tabelle:

Branche	In den Tarifen ist in Anzahl von Fällen vereinbart					
	Zähler der tariflichen Arbeitszeit in Stunden	Mindestlohn pro Stunde	Zuschlag bei Überstunden	Stundtarif	Stundtarif	Stundtarif
Drahtarbeiter	3	3	3	3	3	3
Dreher	1	1	1	1	1	1
Elektrumonteur	5	5	4	5	4	4
Feilenhauer	10	4	5	10	1	9
Formen- und Metallgießer	54	20	31	51	40	49
Gelbmetall- u. Beleuchtungsindustrie	11	9	7	11	2	11
Gold- u. Silberarbeiter	7	2	1	13	7	7
Heizungs- u. Rohrleg.	14	5	5	12	12	13
Klempner	65	59	55	62	8	46
Kupferschmiede	1	1	1	1	1	1
Mechaniker	3	3	2	3	1	3
Messerschmiede	4	1	1	1	1	2
Metallarbeiter	38	21	19	27	16	31
Optische Arbeiter	2	1	1	1	1	2
Schläger	9	2	2	2	2	9
Schleifer	2	2	2	2	2	2
Schlosser	37	32	29	28	12	22
Schmiede	3	3	3	4	1	5
Zinngießer	1	1	1	1	1	1
Arbeiterinnen	1	1	1	1	1	1
Zusammen	261	173	170	227	102	96

Über die Dauer der Arbeitszeit gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Branche	Die Arbeitszeit beträgt Stunden pro Tag					
	unter 9 Std.	9 bis 10 Std.	10 bis 11 Std.	11 bis 12 Std.	über 12 Std.	unbestimmt
Drahtarbeiter	3	1	250	—	2	62
Dreher	1	—	—	—	—	—
Elektrumonteur	6	2	259	2	970	1
Feilenhauer	14	—	5	161	5	80
Formen- u. Metallgießer	66	—	1	196	19	3266
Gelbmetall- u. Beleuchtungsindustrie	12	—	7	4736	4	935
Gold- u. Silberarbeiter	8	1	91	6	17408	—
Heiz- u. Mont. u. Rohrleg.	14	—	4	3004	5	742
Klempner	67	1	23	18	5973	22
Kupferschmiede	1	—	—	—	—	60
Mechaniker	3	1	48	2	445	—
Messerschmiede	4	—	—	—	—	—
Metallarbeiter	41	—	4	313	15	5356
Optische Arbeiter	2	—	—	—	—	647
Schläger	9	3	427	4	1092	2
Schleifer	2	—	1	195	—	1
Schlosser	39	3	2020	9	9158	12
Schmiede	5	—	—	—	—	3
Zinngießer	1	—	140	—	—	—
Arbeiterinnen	2	—	—	—	—	49
Zusammen	299	10	2749	59	42969	90

Die Dauer der täglichen Arbeitszeit ist danach in 261 Tarifverträgen festgelegt. Sie schwankt zwischen 11 und 8 Stunden pro Tag. Die achtfünfstündige Arbeitszeit besteht für die Bauanschläger in Berlin und Charlottenburg, für die Silberbeschläger in Schwabach und für die Metallbeschläger in Augsburg mit zusammen 2267 Arbeitern. Im Jahrbuch ist auch ein Vergleich mit den Arbeitszeiten nach dem Tarifbestand von 1905 gezogen. Es ergibt sich hierbei folgendes Bild. Es arbeiteten:

	9 und unter 9 Stunden	9 1/2 Stunden	10 Stunden
1905	20322	49,54	10639
1906	45718	55,61	21526

Es hat also mehr als die Hälfte aller tariflich entlohten Arbeiter eine neunfünfstündige und teilweise noch kürzere Arbeitszeit. Außerdem aber drückt sich die erzielte Arbeitszeitverkürzung in einer Verschiebung des Prozentverhältnisses zugunsten der verkürzten Arbeitszeit aus. 1905 waren es erst 49,54 Prozent der tariflich entlohten Arbeiter, die eine neunfünfstündige und noch kürzere Arbeitszeit hatten und 1906 beträgt der Prozentsatz bereits 55,61, umgekehrt zeigt sich bei den noch zehn Stunden Arbeitenden eine dementsprechende Verminderung des Prozentsatzes gegen 1906. Auch dieser Vorgang wird sich Jahr um Jahr wiederholen. Daraus ergibt sich, daß durch die unermüßliche Tätigkeit des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eine immer größere Anzahl von Metallarbeitern in den Genuß der Wohlthaten der verkürzten und geregelten Arbeitszeit gelangt. Das wird für alle unsere Mitglieder ein neuer Ansporn sein, namentlich noch eifriger für die Ausbreitung des Verbandes zu sorgen.

Was die Stundenlöhne anbelangt, so sind Mindestlöhne in 239 Tarifverträgen festgelegt und orientiert hierüber die folgende Tabelle:

Branche	abgeschlossene Tarife	Zahl der Tarifverträge, wo Mindestlöhne vereinbart sind	Nach den Tarifen betragen die Mindestlöhne pro Stunde in Pf. für			
			Arbeiter im 1. Jahre nach der Lehre	Arbeiter im 2. Jahre nach der Lehre	ältere Arbeiter	Süßarbeiter
Drahtarbeiter	3	3	27-45	34-50	48-56	27-40
Dreher	1	1	—	—	—	—
Elektrumonteur	6	5	32-45	35-47	49-60	32-35
Feilenarbeiter	14	10	34-40	30-42	35-48	32
Formen- u. Metallgießer	66	54	18-42	25-50	25-60	25-40
Gelbmetall- u. Beleuchtungsindustrie	12	11	25-55	30-55	35-60	32-45
Gold- u. Silberarbeiter	8	3	38-39	—	40-59	—
Heizungs- u. Rohrleg.	14	13	35-45	36-50	42-65	25-50
Klempner	67	62	25-55	28-65	30-70	20-35
Kupferschmiede	1	1	34	—	54	—
Mechaniker	3	3	30-35	40-42	42-50	30-35
Messerschmiede	4	—	—	—	—	—
Metallarbeiter	41	29	25-45	25-45	30-60	25-40
Optische Arbeiter	2	1	27	—	27	—
Schläger	9	—	—	—	—	—
Schleifer	2	2	25-35	33-40	40-65	—
Schlosser	39	36	15-50	28-50	32-65	22-42
Schmiede	5	4	30-34	35	30-50	25
Zinngießer	1	1	—	—	—	—
Arbeiterinnen	2	—	20	20	20	20
Zusammen	299	239				

Danach sind es hier vor allen Dingen die Tarifverträge in den handwerksmäßigen Berufen, die am vollkommensten ausgebaut sind. Alles in allem genommen kann jedoch mit Recht gesagt werden, daß der Tarifvertrag auch in der deutschen Metall- und Maschinenindustrie in ununterbrochenem Vormarsch begriffen ist.

Regelung der Lohn- u. Arbeitsverhältnisse in der Hamburger Eisenindustrie.

Bekanntlich schweben seit längerer Zeit Verhandlungen zwischen den höchsten eisenindustriellen Betrieben und den Arbeiterorganisationen, deren Mitglieder in diesen tätig sind. Zunächst und in erster Linie kamen die Werftbetriebe — diese für das ganze Nord- und Ostergelände —, sodann die Dreher und Maschinenbauer beschäftigenden sogenannten Landbetriebe in Frage. Die Grund der Arbeiter wurde durch die lange Dauer der Verhandlungen auf eine harte Probe gestellt. Das Streben der Unternehmer ging dahin, einheitlich für alle Betriebe die Regelung vorzunehmen, weshalb die Lohnbewegung in den Landbetrieben mit der in den Werftbetrieben verquid oder von deren Erledigung abhängig gemacht wurde. Inzwischen haben die Beratungen stattgefunden und zu einem vorläufigen Ergebnis geführt, das am Mittwoch den 31. Juli einer im Gewerkschaftshaus abgehaltenen, überfüllten Versammlung der Dreher, Maschinenbauer und deren Hilfsarbeiter unterbreitet wurde. Kollege Franz erstattete den Bericht. Von den aufgestellten Forderungen sei nur ein Bruchteil, und zwar kein allzu großer, zugebilligt worden. Aber es sei die Organisation anerkannt worden, die Beilassung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden erzielt und eine Erhöhung der Löhne, wenn auch keine zufriedenstellende, erreicht. Man dürfe aber nicht vergessen, daß nicht nur für die Werft- und Landbetriebe, sondern für alle dem Verband der Eisenindustrie angehörenden, die Metallwarenfabriken, die Gießereien u. s. w., also für 8000 bis 9000 Kollegen, die fiktiven Vorteile erlangt worden seien. Wer dies objektiv betrachten würde, der werde sich auch der Erkenntnis nicht verschließen können, daß man sich wohl oder übel zunächst mit dem Erreichten begnügen konnte, zumal sich durch eine in ihren Folgen unberechenbare Arbeitseinstellung schwerlich mehr werde durchsetzen lassen. Das provisorische Protokoll vom 30. Juli über die Verhandlungen, soweit es die dem Verband der Eisenindustrie angehörenden Maschinenfabriken (Landbetriebe) betrafte, habe folgenden Wortlaut:

1. Die Maschinenfabriken erklären sich bereit, vom 1. Oktober dieses Jahres ab die Arbeitszeit auf 57 Stunden wöchentlich herabzusetzen und die Lohnauszahlung innerhalb dieser 57 Stunden vorzunehmen. Die Arbeitszeit beginnt um 7 Uhr. Die Pausen betragen insgesamt anderthalb Stunden, und zwar einwende eine halbe Stunde Frühstückspause und eine Stunde Mittagspause oder anderthalb Stunden Mittagspause unter Wegfall der Frühstückspause. Bei Wegfall der Frühstückspause soll den Arbeitern gestattet werden, während der Arbeit zu frühstücken.
2. Die Maschinenfabriken sind ferner bereit, nach Einführung der verkürzten Arbeitszeit für ihre Arbeiter eine ebenso große Erhöhung der Stundenlöhne eintreten zu lassen, wie sie die Werften bei 36stündiger Arbeitszeit bewilligt haben, nämlich eine Erhöhung von 2 Pf. auf alle Stundenlöhne bis 25 Pf., 3 Pf. auf alle Stundenlöhne von 26 bis 40 Pf., 4 Pf. auf alle Löhne über 40 Pf. hinaus.
3. Mit den von den Werften am 4. Mai dieses Jahres beziehungsweise in der heutigen Versammlung getroffenen Vereinbarungen sollen die Bestimmungen über Überzeitarbeit, Entlohnungslöhne, Akkordarbeit, Milderung der Vorschriften über den Verlust des Akkordüberschusses, sanitäre und Arbeitervereinsrichtungen, auch für die Maschinenfabriken gelten. Diesbezüglich sagt das Protokoll: Die Werften erklären sich damit einverstanden, die durch die Arbeitsordnung festgesetzten Zuschläge zum Stundenlohn für Überzeitarbeit vom 1. Oktober dieses Jahres ab auch bei Akkordarbeiten über den Akkorddienst zu zahlen. Eine Änderung der prozentualen Abstrichungen in der Verteilung der Akkordüberschüsse bei Gruppenakorden lehnen die Werften nach wie vor ab. Die Werften sind bereit, etwaige Bestimmungen ihrer Arbeitsordnung, betreffend den Verlust des Akkordüberschusses bei freiwilligem Ausschiden des Arbeiters aus unvollendeten Akkord-

arbeiten, in derselben Weise zu mildern, wie dies bereits seitens der Firma Blohm & Bock und der Meiberg-Schiffswerft und Maschinenfabrik geschieht. Danach kann dem Arbeiter auch im Falle freiwilligen Ausscheidens der etwaige Überschuss zugewandt werden, wenn das Ausscheiden stattfindet: a) aus einer Stücklohnarbeit, die er zehn Wochen oder länger vor seinem Austritt begonnen hat, b) infolge längerer oder kürzerer bescheinigter Krankheit, c) infolge Einberufung zum Militärdienst oder zu einer militärischen Übung, d) infolge Einberufung zu einer staatlichen oder kaiserlichen Beamtenstellung, um die er sich nachweislich mindestens vier Wochen vorher bemerken hat, e) zum Zwecke des Besuches einer Fachschule. — Die Werften erklären sich nach wie vor bereit, Anregungen zu Verbesserungen für die Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter, die ihnen durch die Arbeiterchaft gegeben werden, entgegenzunehmen und nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

4. Montage. Da der Zuschlag von 10 Pf. für Montagearbeiten am Orte und Gehrgeld von 8 Mk. für Arbeiter außerhalb schon jetzt in fast allen Betrieben bezahlt werden, so wird der Verband auch die wenigen Firmen, welche diese Sätze noch nicht haben, zur Einführung derselben Sätze zu bewegen suchen.

5. Arbeitsnachweis. Unterkunftsräume für die Arbeitssuchenden einzurichten, lehnt der Verband ab; dagegen ist bei Verlegung des Nachweises, der infolge Sanierung des Stadtviertels stattfinden muß, die Errichtung von Schutzeinrichtungen gegen Witterungseinflüsse vor den Schaltern vorgesehen.

Die vorstehenden Vereinbarungen bedürfen noch der Zustimmung einer Versammlung des Verbandes der Eisenindustrie. Redner empfahl zum Schlusse Annahme folgender, von der Verwaltung und den Vertrauensmännern empfohlenen Resolution:

Die heutige Versammlung erklärt, daß die Angelegenheiten, die den Dreher und Maschinenbauern gemacht worden sind, durchaus nicht den Erwartungen entsprechen, die gehegt werden konnten. Die Versammlung bedauert besonders, daß die Unternehmer nicht eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit zugestanden sowie sich vollständig ablehnend gegen die Einführung von Einstellungsloöhnen verhalten haben. Die Versammlung erklärt jedoch, die gemachten Zugeständnisse anzunehmen, dabei aber betonend, daß die Verhältnisse der Dreher, Maschinenbauer und Helfer dadurch nicht zufriedenstellend geregelt sind; sie erwarten deshalb, daß durch die Organisation weitere Verbesserungen für die Kollegen herbeigeführt werden. Denjenigen Firmen, die dem Verband der Eisenindustrie nicht angehören, sind die durch Annahme der Resolution getroffenen Bedingungen sofort anzustellen und haben diese bis zum Mittwoch den 7. August zu erklären, ob auch sie diese Arbeitsbedingungen am 1. Oktober dieses Jahres einführen wollen. Erfolgt diese Zusage nicht, so ist in diesen Betrieben am Donnerstag den 8. August die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

Die Diskussion war eine äußerst lebhaft, zum Teil recht erregt. Viele Redner sprachen sich heftig gegen die Resolution aus. Namentlich wandte sich der Unwille der Versammlung gegen die völlig unzulängliche Lohnaufbesserung. Da könne sich jeder ungelernete Arbeiter mit Recht freuen, kein Metallarbeiter zu sein. Die Befreiung der Frühstückspause fordere nur eine intensivere Ausbeutung der Arbeiter. Die durchgängige Absicht der Unternehmer sei, die Arbeiter hinzuhalten. Die Resolution solle man der Ortsverwaltung und den Vertrauensleuten samt den Vereinbarungen vor die Füße werfen. Wollte man der Organisation wirkliche Anerkennung verschaffen, so sei jetzt der geeignete Zeitpunkt. Man solle den Unternehmern anheimgeben, weitere Zugeständnisse zu machen, andernfalls am Montag — von anderer Seite wurde der Sonnabend als Termin beantragt — die Arbeit eingestellt werde. Charakteristisch war der spontane Ausbruch tiefinnerlicher Empörung bei der Schilderung der unzureichenden Bezahlung, der die Arbeiter beim Arbeitsnachweis ausgeführt seien. Die Einwände gegen die Resolution wurden von Otto Schulz, Zille und Franz energisch bekämpft. Es sei leicht, sich zu machen. Man müsse die ganze Sache nicht nur beurteilen und reiflich erwägen, was man leisten und verantworten könne. Kein Mensch überzeuge das Gerücht, verkehrt würde es aber auch sein, das Kind mit dem Bade auszuschütten und, weil man die Lohnaufbesserung nicht genüge, auch die Arbeitszeitverkürzung aufs Spiel zu setzen. Diese werde mit Recht als erster Schritt erstrahenswert in Versammlungen und Kreise propagiert, weil sie die entsprechende und eine weitere Verbesserung ohne weiteres nach sich ziehe. Noch vor ein paar Jahren sei von Unternehmern mit Empörung gesagt worden, eine Arbeitszeitverkürzung würden beide Parteien nicht erleben — jetzt sei sie da. Ähnlich liege es mit einer ganzen Reihe anderer Forderungen, deren Regelung bisher unüberwindlich zu sein schien, wenn man den Unternehmern glauben dürfte. Unter allen Umständen sei es das Richtige, das Gebotene anzunehmen und dann die Organisation zu organisieren, daß in Kürze mehr erreicht werde, wozu nach der ganzen Entwicklung der Dinge gar nicht zu zweifeln sei. Bei der Annahme wurde die Resolution mit erheblicher Mehrheit abgelehnt.

Es sollte dann mittels Stimmzettel über nachstehenden Antrag abgestimmt werden:

Nachdem die Verhandlungen betreffend die Lohn- und Arbeitsbedingungen seitens des Arbeitgeber-Verbandes mit den Vertretern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes solche geringen Resultate erzielt haben, beschließt die Versammlung, den Arbeitgeber-Verband die Mitteilung zukommen zu lassen, daß am Montag die Arbeit eingestellt wird, falls bis Sonnabend keine weiteren Vorteile zugestanden werden.

Der vorgeschriebene Zeit wegen kam es jedoch nicht zur Abstimmung. Es wurde ein Antrag angenommen, in erster auf Sonnabend den 3. August, abends 9 Uhr, einzutretenden Versammlung von neuem dazu Stellung zu nehmen.

Zu der am Sonnabend den 3. August, abends, im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Versammlung hatten nur die in Frage kommenden Metallarbeiter Zutritt. In der vorigen war eine derartige scharfe Kontrolle nicht gehandhabt worden, so daß auch anderen Metallarbeitern die Möglichkeit geboten war, sich an der Abstimmung und der Resolution zu beteiligen. Um völlige Klarheit zu erlangen, ließ das Bureau nochmals über das Angebot der Unternehmer abstimmen. Abgegeben wurden 1236 Stimmzettel, von denen 701 auf Ja und 535 auf Nein lauteten, während 42 ungenügend waren. Die Resolution war mitmitten abgelehnt.

Dann wurde über den Antrag Müller abgestimmt, der die Arbeitseinstellung verlangte. Vor der Abstimmung wurde bekannt gegeben, daß falls die Arbeitseinstellung nicht mit der erforderlichen Mehrheit beschlossen werden sollte, die Resolution, enthaltend das Angebot der Unternehmer, ohne weiteres gilt. Für die Arbeitseinstellung traten 661 Stimmen ab, dagegen 568, 35 Zettel waren ungenügend. Die Arbeitseinstellung war damit abgelehnt, das Angebot der Unternehmer abgelehnt.

Sollte Franz bemerkt noch, wenn auch vielen Kollegen die Abstimmung nicht genügen sollte, so dürfe man doch keine Bedeutung nicht verlieren, weil für eine Straße bilden auf dem Wege, der zu besseren Zuständen führe.

Die am 3. August abgehaltene Versammlung hat auch beschlossen, den dem Arbeitgeber-Verband nicht angehörenden Unternehmern die den letzteren mit dem organisierten Metallarbeiter-Verband getroffenen Bedingungen angelegentlichst zu empfehlen. Das beschlossene Schreiben lautet:

Wir einigen Tagen erlaubten wir uns, der verehrten Firma Forderungen für Ihre Arbeiter zu unterbreiten. In dieser Zeit ist zwischen dem Verband der Eisenindustrie und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband eine Vereinbarung getroffen, die wir Ihnen auch hiermit empfehlen, zum 1. Oktober dieses Jahres zu übernehmen. (Die vorher genannten Forderungen sind dadurch belanglos.)

1. Die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden pro Tag.
2. Die jetzt bestehenden Sätze werden um 4 Pf. pro Stunde erhöht.
3. Überstunden werden mit 25 Prozent, Nacharbeiten mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt, auch bei Nachtarbeit.

4. Bei Montagearbeiten am Orte werden 10 Pf. Zuschlag pro Stunde, bei Arbeiten außerhalb mindestens 3 Mk. pro Tag extra vergütet.

5. Die gesetzlichen Arbeiterchutzbestimmungen sind von beiden Seiten streng einzuhalten. Besonders ist für genügende Heizung und Ventilation der Werkstatt, tägliches Reinigen derselben, ausreichende Wascheinrichtungen und Verbandszeug zu sorgen.

6. Günstigere Arbeitsverhältnisse sollen durch die Vereinbarungen unberührt bleiben.

7. Widersprechende Bestimmungen der Arbeitsordnungen müssen mit den obigen Grundsätzen in Einklang gebracht werden.

NB. Dieses von beiden Kontrahenten Vereinbarte wird vom 1. Oktober dieses Jahres, abgesehen dort, wo bereits bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen, eingeführt und nehmen wir an, daß auch Sie diesem ohne weiteres nachkommen werden.

Nach einem Beschluß der letzten Versammlung ist es jedoch notwendig, daß Sie bis zum Mittwoch den 7. August uns respektive Ihren Arbeitern mitteilen, ob Sie diesem zustimmen oder nicht, da sonst am Donnerstag den 8. August die Arbeit nicht aufgenommen werden kann.

Spitzbubentaktik.

Hirsch-Dundersche Lügen über die Saalfelder Bewegung.

In widerlicher und gemeiner Art wird von den Hirsch-Dunderschen Blättern über laufende und erledigte Lohnbewegungen der deutschen Arbeiterchaft berichtet. Damit soll der Glaube erweckt werden, daß nur die Führer der Gewerkschaften es verstanden, Arbeiterinteressen zu vertreten. Ein frivoles Spiel wird in den Schimpfereien getrieben. Gewerkschaften, Regulator und Mitteldeutsche Volkszeitung drücken sich gegenseitig ihre Lügen nach. Auch über den Drahtweberstreik und die damit zusammenhängende Ausperrung in Saalfeld a. S. ist die fällige verlogene Berichterstattung erfolgt, wenn auch etwas spät, weil man wegen Mangel an Mitgliedern in Saalfeld dazu keine Lügen zugetragen bekommen konnte und alles erst selbst aus den von solchen Zwecken allzuviel benutzten Fingern saugen mußte. Etwa vier Wochen nach Beendigung der Bewegung schrieb der Gewerkschaften in Nr. 58 vom 24. Juli dieses Jahres:

Die Ausperrung der Drahtweber in Saalfeld ist völlig zuungunsten der Arbeiter verlaufen. Die aufgestellten Forderungen wurden abgelehnt, und eine große Anzahl von Arbeitern, die dem Metallarbeiter-Verband angehören, bleibt auf der Straße. Auch von den in den Maschinenfabriken beschäftigten Holzarbeitern, die aus Solidarität mit den Drahtwebern die Arbeit niedergelegt hatten, sind 80 nicht wieder eingestellt worden, da ihre Stellen anderweitig besetzt waren.

Am 26. Juli dieses Jahres erschien in Nr. 173 der Mitteldeutschen Volkszeitung eine Schimpfereien unter „Rudolfstadt“, worin unter anderem behauptet wird, daß der Bezirksleiter des Metallarbeiter-Verbandes, Böh, von den Arbeitern nicht aus Saalfeld gejagt worden ist. Ein sommerhafter, im Gegensatz zur Art im Gewerkschaften schreibt „Christian“ von der Mitteldeutschen Volkszeitung außer seinen Verdrehungen und Lügen folgenden Satz:

Nachdem die Drahtweber — die einzige Branche, die etwas erreicht hat — am 27. Juni nach erfolglosem Streik die Bedingungen angenommen hatten, wurde am 28. Juni vormittags eine Versammlung sämtlicher Ausständigen einberufen.

Man beachte man: nach dem Gewerkschaften waren die Drahtweber ausgeperrt und erreichten nichts, nach der Mitteldeutschen Volkszeitung streikten sie und erreichten als „einzige Branche“ etwas. Die Leser der Metallarbeiter-Zeitung wissen aus unseren Berichten über die Saalfelder Bewegung, daß die Drahtweber für Ertragung besserer Arbeitsverhältnisse streikten und daß die anderen Metallarbeiter ausgeperrt wurden, die streikenden Drahtweber wollte man zwingen, die Arbeit ohne Erfolg aufzunehmen. Unsere Leser wissen weiter, daß die Drahtweber die Arbeit trotz der Ausperrung erst nach erfolglosem Streik aufnahmen, nachdem ihnen beachtenswerte Zugeständnisse gemacht worden waren. (Siehe Nr. 29 der Metallarbeiter-Zeitung.) Damit war der Zweck des Streiks zum großen Teile erreicht. Nach der älteren Art des Gewerkschaften ist das ein „völlig zuungunsten der Arbeiter verlaufener“ Streik. „Christian“ sagt: „Die einzige Branche, die etwas erreicht hat.“ Galten wir uns jetzt, daß selbst der Mitteldeutsche Christian zugestehet, die Drahtweber haben etwas erreicht, beachtet wir ferner, daß, um für sie etwas zu erreichen, in den Streik eingetreten wurde und die Ausperrung in den Kauf genommen werden mußte. „Christian“ schreibt aber aus „Rudolfstadt“ gleich zu Anfang:

Der Kampf ist zu Ende. Und wie ist er zu Ende geführt worden? Schmachvoll für die Arbeiter. Es war nicht genug, daß man sie ohne Schuld auf die Straße warf, sogar betteln mußten sie, daß sie nur wieder ihre Arbeitsplätze einnehmen konnten. Und noch mancher Kollege, der vertrauensvoll zu den Führern des Streikes vertrat, sieht nach vor den Toren der Fabriken und weiß nicht, wo er das Brot für seine Familie verdienen soll, denn für ihn gibt es keinen Platz mehr in den Betrieben. Ausgeperrt bis zum 1. November! Und warum? Weil er es wagte, für Verbesserung seiner Lage einzutreten und sich unterzulegen, dem Kapital die Stirne zu bieten. Deshalb bekommt er in Saalfeld bis zum 1. November keine Arbeit, so lautet der Beschluß der Fabrikanten.

In dem Titel ist nur das Wahre, daß die Ausgeperrten von den Unternehmern schuldlos auf die Straße geworfen wurden, sonst trägt das Sprichwort zu: Soviel Worte, soviel Lügen!

Aber das war alles noch nicht die ganze Wahrheit, deshalb warte man im Regulator Nr. 31 vom 2. August und in Nr. 61 des Gewerkschaften vom 3. August mit einem Lesen:

Schlecht. Nach zwölfwöchiger Dauer ist der Streik der Drahtweber und der in der Drahtindustrie beschäftigten Arbeiter ohne Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Der Metallarbeiter-Verband und der Holzarbeiter-Verband sind von dem Scheitern wieder einmal zurückgeworfen worden. ... Nach diesen Lügen spricht man sich heimlich weiter:

Die Forderungen der Arbeiter waren keineswegs unberechtigt, sie verlangten nur eine Erhöhung eines Lohnes, der in allen auf Drahtgewerkschaften einwirkende Arbeiterkreise höchste, unerschütterliche Arbeitszeit, Sicherung der Schweißarbeiten durch die Fabrikanten und verschiedene Verbesserungen in den einzelnen Betrieben.

Nach einigen wackeligen Zahlen und sonstigen Angaben mit diversen Unterstellungen kommt man dann:

Es werden neue Verhandlungen mit den Unternehmern nachgeschickt, jedoch haben sich diese auf keine Weise gelöst.

Jetzt beginnt das Gewerkschaftentum, daß die in den vier Saalfelder Maschinenfabriken beschäftigten Holzarbeiter in den Solidaritätsstreik einzutreten sollten. Dieser Beschluß wurde jedoch von der Leitung des Holzarbeiter-Verbandes inhibiert, weil zum Solidaritätsstreik angeblich kein Geld da sei. Es fragten die Holzarbeiter, die bis zur Entscheidung gemacht waren, nach anderen Gründen, um einen Streik verantworten zu können. Es fragten Kollegen mit den wichtigsten Holzarbeitern in den Betrieben des Saalfelder Streikes nach. Diese Arbeiter wurden entlassen, die Verhandlung war fertig; früh wurde gekündigt und abends arbeitslos, ganz nach dem alten Schema. Jetzt waren auch noch 150 Holzarbeiter drinnen, trotzdem wurden die Betriebe wieder. Auf Veranlassung der Streikleitung nahmen nun der Herr Staatsrat Trinks aus Weimern neue Verhandlungen, aber auch diese waren ergebnislos. Hiermit jagt der Bezirksleiter des Metallarbeiter-Verbandes, Böh, die Besuche an. In einer öffentlichen Versammlung wurde die Niederlegung der Arbeit beschlossen. Böh erklärte, die Hauptleitung des Metallarbeiter-Verbandes habe für Saalfeld kein Geld mehr. Jetzt konnten die Fabrikanten Herrschen halten; sie stellten nur diejenigen Leute wieder ein, die ihnen gebraucht waren, so daß ungefähr 200 Mann drüßten blieben, die es auf weiteres nicht wieder eingestellt wurden.

Welcher Wirt war außerdem herrschte, davon ein Beispiel. Die Arbeiter der Nähmaschinenfabrik von Sponholz beschloßen abends in einer Versammlung mit 48 gegen 12 Stimmen, weiter zu streiken. Am anderen Morgen erschienen aber alle Mann zur Arbeit. Die Holzarbeiter sind mit ihrem Solidaritätsgefühl vom Metallarbeiter-Verband beiseite gelassen worden. Sie haben 14 Tage länger gestreikt wie die Metallarbeiter und sind dann nicht geschlossen, sondern einzeln in die Betriebe hineingegangen. Sie wurden nur unter der Bedingung eingestellt, daß sie dem Verband den Rücken kehren. Auch hieron bleiben noch 80 Mann draußen. Vom Metallarbeiter-Verband sind 300 Mann zu den Gelben, zum Verband reichstreuer Arbeiter, übergetreten.

So vertreten die sozialdemokratischen Gewerkschaften die Arbeiterinteressen! Es ist zum Schreien traurig. Wer solche Dinge sieht und dabei noch nicht zur Erkenntnis kommt, dem ist eben nicht zu helfen. Durch den Metallarbeiter-Verband mit seiner verpöhlenden Taktik wird die Arbeiterbewegung geradezu blamiert. Wer sich an dieser Blamage nicht beteiligen will, der muß den Deutschen Gewerkschaften beitreten.

Unwahr ist, daß das Gewerkschaftsamt in Saalfeld durch Beschüsse auf die Bewegung eingewirkt hat. Die Holzarbeiter haben ihre Beschüsse unabhängig vom Kartell und von den Metallarbeitern gefaßt. Die Leitung des Holzarbeiter-Verbandes hatte deswegen auch nicht notwendig, Beschüsse des Gewerkschaftsamtens zu inhibieren.

Schöfel ist es, zu behaupten, die Holzarbeiter seien bis zur Siebeshöhe scharf gemacht worden und hätten deswegen nach Gründen gesucht, um gegen die Anweisung der Organisationsleitung in den Streik eintreten zu können.

Nichtswürdig gemein ist die Behauptung, daß die Holzarbeiterverbandsmitglieder mit unmorgensetzten Kollegen Krach angefangen haben, um streiken zu können.

In Wahrheit liegen die Dinge so, daß in den Maschinenfabriken von May Schade und Adam Schmidt schon vor der Ausperrung Differenzen mit den Holzarbeitern bestanden. Die Unternehmer schätzten permanent. In den Betrieben ist es sehr leicht, ungelernete Arbeiter zu verwenden; es ist leicht, sich einzuarbeiten, weil alles Teilarbeit ist. Es wurden Mitglieder vom reichstreuen Arbeiterverein eingestellt, die mit den organisierten Holzarbeitern den Streik vom Baune brachen. Organisierte Beschwerdeführer wurden entlassen. Das regte die Arbeiter natürlich auf. Die Leitung des Holzarbeiter-Verbandes hat infolgedessen zur Ruhe und Vorlicht gemacht. Holzarbeiter waren bei der ganzen Bewegung etwa 75 beteiligt. Daraus machen die Hirsch-Dunderschen Schwindelhörer 150, damit man recht viel draußen lassen kann, denn von 75 Mann können doch nicht 80 Mann gemäßigelt bleiben. Schwindel über Schwindel!

Nach den vergeblichen Bemühungen des Staatsrats Trinks für einen Vergleich soll Bezirksleiter Böh die Bremse angezogen haben, worauf dann in einer öffentlichen Versammlung die Aufnahme der Arbeit beschlossen worden sein soll, weil angeblich kein Geld mehr zur Verfügung gewesen sei. So dumm draufloszuschwindeln! Am 17. Juni waren die Bemühungen des Staatsrats beendet. Anschließend daran haben die Kommissionen der Drahtweber die Verhandlungen mit den Unternehmern fortgesetzt und am 27. Juni ein Resultat erreicht, mit dem die Streikenden einverstanden waren, so daß beschlossen wurde: die Arbeit aufzunehmen, wenn die Sache der Ausgeperrten erledigt sei. Auf Grund dieses Beschlusses traten die ausgeperrten Arbeiter mit ihren Unternehmern in Verhandlung, um die Bedingungen für die Aufnahme der Arbeit festzustellen, da die Unternehmer die Ausperrung aufgehoben hatten und glaubten, die Sache sei mit ihrer Erklärung erledigt. Diese Verhandlungen zogen sich bis zum 4. Juli hin, bevor in allen an der Ausperrung beteiligten Betrieben die Arbeitsaufnahme perfekt wurde.

Es ist also eine dreifache Lüge, daß nach Beschluß einer öffentlichen Versammlung die Arbeit aufgenommen werden sollte und die Fabrikanten nun Herrschaft halten konnten, um Maßregelungen vorzunehmen. Es ist gelogen, daß 200 Mann nicht eingestellt worden sind. Wahr ist, daß mit jedem Fabrikanten vereinbart worden ist, daß keine Maßregelungen erfolgen und alle Arbeiter eingestellt werden. Dazu sind in verschiedenen Betrieben noch verschiedene Vorteile zugestanden und vereinbart worden. Diese getroffenen Abmachungen sind außer wenigen Ausnahmen auch eingehalten worden. Maßregelungen sind allerdings erfolgt, zwei Mann haben das Zeichen der Maßregelung aufzuweisen, von denen trotzdem schon wieder einer in Arbeit treten konnte. 198 Mann haben der Regulator und der Gewerkschaften zu den zwei hinzugeschwindelt! Beim Mitteldeutschen Christian las man nun noch, daß diese in der Gewerkschaften-Phantasia enthaltenen 200 Arbeitslosen vor dem 1. November dieses Jahres nach Beschluß der Fabrikanten nicht eingestellt werden sollen. Kein Wort davon ist wahr!

Schwindel ist es auch, daß 300 Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes zum Verband reichstreuer Arbeiter übergetreten seien. Nicht einer ist übergetreten, dazu sind sie zu klug. Beratern können wir allerdings, daß der Betriebsleiter Rosenthal als Vorsitzender des Vereins reichstreuer Arbeiter in Saalfeld eine besondere Vorliebe dafür hat, neben den Mitgliedern seines reichstreuen Arbeitervereins Gewerkschaftsmitglieder einzuführen, weil er aus der Haltung der Gewerkschaftsführer schließt, daß sie zu den Gelben passen.

Eine weitere grobe Unwahrheit ist es, daß die Kollegen von der Nähmaschinenfabrik Sponholz mit 48 gegen 12 Stimmen gegen die Aufnahme der Arbeit gestimmt hätten. Für den Betrieb wurde die Arbeitsaufnahme gegen eine große Minorität beschlossen und die Minorität hat sich dem Beschluß gefügt, wie es sich auch gehört.

Zum Schlusse sei noch bemerkt, daß in der Saalfelder Metallindustrie noch nie eine größere Bewegung geführt wurde. Die Unternehmer unternehmen den Gewaltstreik der Ausperrung, um die Organisation zu vernichten. Diese hat die Feuerprobe glänzend bestanden. Gestärkt an Mitgliederzahl und Disziplin ist der Deutsche Metallarbeiter-Verband aus dem Kampfe hervorgegangen. Die Mitgliederzahl ist um 200 gestiegen! Dies ist geschieden, trotzdem in der ganzen Zeit der Ausperrung für die Nähmaschinenindustrie flauer Geschäftsgang war und jetzt noch ist. Wer diese Hirsch-Dundersche Spitzbubentaktik sieht, der muß zu der Erkenntnis kommen, daß der Zerpfitterungsarbeit und Verräterei der Gewerkschaftsführer entgegenzutreten ist. Wer solchen aufgeblasenen Fröschen folgt und auf sie hört, dem ist wirklich nicht zu helfen. Wir sind sicher, daß die verständigen Mitglieder des Gewerkschaften durch solche Lügen, wie sie ihre Führer verbreiten, zu der Einsicht gebracht werden, von der Schwindelhörer abtrüben zu müssen. Die ehrlichen Männer von dem Deutschen Metallarbeiter-Verband kommen, wo sie für die Arbeiterinteressen kämpfen können. Den Gelben und reichstreuen Arbeitervereinen wollen wir ihren Anteil nicht vorenthalten.

Das Genossenschaftswesen.

[?] In unserer Übersicht über den Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Düsseldorf in Nr. 29 ist gesagt, daß der Selbstbild Berlin auch eine kleine Partie der Debatte gewidmet worden sei und daß darauf zurückzukommen wäre. Es war ein Bogenware namens Büchlein, der sprach wie ein Buch etwa folgendes: Ich möchte auch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß wir in Deutschland eine Stadt haben, die in der Konsumgenossenschaftsbewegung eine Stellung einnimmt, die ihrer unwürdig ist, und das ist die Stadt Berlin. Wir sollten es an dieser Stelle festnageln, daß Berlin, das uns mit einem Schlage 100.000 neue Genossenschaftler zuführen konnte, eine derartig rückständige Stellung in der Genossenschaftsbewegung einnimmt. Man sollte sich in Berlin über diese untergeordnete Stellung schämen. ... Nun hat ja der Redner allerdings nicht näher ausgeführt, wozu denn eigentlich die Pflicht der Schau für die Stadt der konzentrierten Intelligenz resultiert. Die Genossenschaftler, die zum

auch Gewerkschafter waren, riefen lebhaft „Bravo“. Sie mußten also wissen, warum. Da es aber doch auch „die anderen“ wissen sollten, so möge darauf hingewiesen sein, daß in der Stadt des gewerkschaftlichen und politischen Mittelpunktes der deutschen Arbeiterbewegung, in einer Stadt außerdem von über zwei Millionen Einwohnern, sich im Jahre 1906 ganze 10 900 „Männlein“ als Mitglieder zweier Konsumvereine zusammgefunden haben, die einen gesamten Jahresumsatz von 1 285 559 Mk. fertig brachten und daraus 49 000 Mk. Reingewinn erbrachten.

Das ist die Berliner Konsumvereinsbewegung des Jahres 1906, die noch um einen guten Grad schlechter geworden ist, als sie im Jahre 1905 schon war. Sie zählte nämlich in diesem Jahre 11 200 Mitglieder mit einem Umsatz von 1 655 000 Mk. und einem Reingewinn von rund 60 000 Mk. Man ist also sogar den Krebsgang gegangen, wo zu gleicher Zeit die gesamte deutsche Konsumvereinsbewegung ganz erhebliche Fortschritte gemacht hat. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: der Hamburger Konsumverein „Production“ steigerte seine Mitgliederzahl 1905/06 von 20 556 auf 22 995, den Umsatz von 3 322 990 Mk. auf 3 908 092 Mk., den Reingewinn von 138 100 Mk. auf 205 404 Mk. Nimmt man zum Vergleich noch den größten Verein aus der Reihe der süddeutschen heraus, Stuttgart, der seine Mitgliederzahl im gleichen Zeitraum von 25 932 auf 25 615, seinen Umsatz von 7 296 715 auf 8 162 601 Mk. und seinen Reingewinn von 660 624 Mk. auf 695 653 Mk. steigerte, dann wird einem begreiflich, warum das bayerische München so hahnnebblich über die Konsumgenossenschaftsbewegung in Berlin loszog. Und Stuttgart zählt nur den achten Teil der Bevölkerung Berlins.

Es dürfte also wohl besser werden in der Stadt der preussisch-deutschen Intelligenz. Besonders da es seit dem Düsseldorf Genossenschaftstag führende politische Geister im Vorwärts zu einer Kritik der vielbesprochenen Gewerkschaftsdebatte gebracht haben, die eigentlich voraussetzt, daß man sich mit mehr Eifer und Energie und schließlich Verständnis auch sonst der Sache annimmt, wie es eben bis dato nicht geschehen ist. Und welche Perspektiven eröffneter sich in Berlin, wenn es wirklich sich der Genossenschaftsbewegung erschließt! Wenn seine Hunderttausende von Arbeiterfamilien allein den Genossenschaftsgedanken konsequent aufnehmen und vertreten würden! Wenn sie positive Leistungen auf wirtschaftlichem Gebiet zeigen würden, den Willen zum Eingreifen in das Produktionsgetriebe wenigstens eines Teiles des Wirtschaftslebens zur Tat setzen ließen!

Am 28. Mai 1907 beschlossen 1900 Berliner Bäckergehilfen gegen vier in den Streit um die Durchführung des ein Jahr vorher mit den Meistern vereinbarten, von diesen aber nicht eingehaltenen paritätischen Arbeitsnachweises einzutreten; ferner um wenigstens einen freien Tag in der Woche zu erhalten. Der im Tarif vorgesehene Mindestlohn für Berlin (!) betrug 23 Mk., die Arbeitszeit in Kleinbetrieben 12 Stunden, in Großbetrieben 10 Stunden. Dafür harter Kampf der Streikenden, den nur der ganz zu würdigen weiß, der seine physischen und seelischen Aufregungen und Nachteile als Familienvater schon kennen gelernt hat. Sie siegten im allgemeinen, die streikenden Bäckergehilfen, und besaßen sonach als Kampfpreis die oben festgestellten Postulate.

Was aber könnte ein genossenschaftlicher Großbetrieb auf diesem Gebiet leisten, welche moralische und materielle Stütze hätte er den Bäckergehilfen Berlins sein können? Ein Vergleich mit dem dem Düsseldorf Genossenschaftstag vorgelegten und durch Abstimmung nun angenommenen Bäckertarif für Konsumvereine zeigt das: an Stelle des paritätischen Arbeitsnachweises, um den in Berlin noch gekämpft werden mußte, die Benützung lediglich des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises; statt eines ermäßigten Mindestlohnes von 23 Mk. ein solcher von 20,50 Mk.; statt Arbeitszeiten von 12 und 10 Stunden, um die zum Teil noch gekämpft werden mußte, solche von 8 Stunden in kontinuierlichen Betrieben, wobei noch eine Essenspause von 20 Minuten eingerechnet ist, und von 9 Stunden in allen übrigen Betrieben — der Genossenschaften. Dazu noch Extrabestimmungen über Ferien u. s. w. Moralisch und materiell fällt dieser Vergleich sicherlich schwer ins Gewicht nicht nur gegen rückständige tarifliche Privatbetriebe an sich, sondern auch gegen den Tarifvertrag der Bäckergehilfen Berlins und anderer großer Städte mit ihren Meistern, der tatsächlich weit hinter dem zurückbleibt, was im genossenschaftlichen Tarifvertrag stipuliert ist. Da gerade gegenwärtig ein sonderbarer Kampf gegen die „Rückständigkeit“ der genossenschaftlichen Betriebe im allgemeinen und gegen die Person v. Glus im besonderen, der sich mit dieser „Rückständigkeit“ mehr oder weniger identifiziert hat, im Gange ist, können aus der eben festgestellten Tatsache die verschiedenen Gedankentendenzrichtungen entstehen. Mag der Leser sich ihnen hingeben.

Die Berliner Konsumvereinsbewegung scheint an Mängeln zu leiden, die nicht von heute sind. Die Warenhäuser allein tun's nicht. Man muß sich eben vergegenwärtigen, daß noch Ende der 1880er Jahre in einem Referat der Neuen Zeit über die deutsche Konsumvereinsbewegung gesagt wurde, daß die Konsumvereine, indem sie die Warenverteilung verbilligen und Überschüsse erzielen, die profittkapitalistische Begehrlichkeit zur Lohnrückdrückerei antreiben — heute wird man das schlanke Gegenteil von dem annehmen dürfen. Easfalle schäme die Konsumvereine gering ein, ja er betrachte sie als eine Gefahr für die Arbeiterbewegung. Und auch der politische Altmeister Engels blieb in dieselbe Kerbe, indem er ein Sinken des Lohnes immer dann in Aussicht stellte, wenn durch irgend welche Umstände die Lebensmittel z. B. im Preise fallen, die Wohnungen verbilligt würden z. B. womit natürlich auch der Kampf der Gewerkschaften um bessere Löhne z. B. „Sisyphusarbeit“ erwiesen wäre.

Nun hat zwar Kautsky, der Logik der Tatsachen folgend, eine endgültige Korrektur an diesen Auffassungen vorgenommen, das eiserne Lohngefes Laffalles selbst ist längst bei den Alten, aber es will scheinen, als ob in den Berliner immer noch ein gewaltig Stück von dem Geiste stecke, der nasertümpfend über die „Konsumler“ vergißt, daß ein Stück selbstgeschaffener wirtschaftlicher Tatsachen oft ein stärkerer Agitationsfaktor für die Wichtigkeit wirtschaftspolitischer Theorien ist, als die schönste — Phrase.

der Monteur Robert Dathe, geb. am 10. November 1874 zu ?, Lit. A. Buch-Nr. 173 963; der Schlosser Emil Wendel, geb. am 27. Dezember 1868 zu Luckenwalde, Lit. A. Buch-Nr. 173 716, sämtlich wegen Streikbruch. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Magdeburg: Der Schmied Alwin Freydanf, geb. am 6. März 1870 in Olvenstedt, Buch-Nr. 312 633, wegen Streikbruch. Nicht wieder aufgenommen werden dürfen: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Brandenburg: Der Schlosser August Diekmann, geb. am 31. August 1873 zu Magdeburg, Buch-Nr. 638 776, wegen Betrugs. Auf Antrag der Einzelmitgliedschaft in Leipzig: Der Schlosser Goll' l. Frauig, geb. am 12. Januar 1845 zu Luckau, Buch-Nr. 14 975, wegen Streikbruch. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Magdeburg: Der Klempner Gustav Marwitz, geb. am 9. Juli 1845 zu Walsleben, Buch-Nr. 364 731, wegen Streikbruch.

Wieder aufgenommen wird: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Braunschweig: Der Schlosser Alfred Perle, geb. am 15. August 1884 zu Braunschweig.

Gestohlen wurde: Das Mitgliedsbuch des Schlossers Joh. Diekmannschente, Lit. A. Buch-Nr. 113 647. Der rechtmäßige Inhaber wolle sich an die Geschäftsstelle in Osnabrück wenden.

Gestohlen wurde: Lit. A. Buch-Nr. 31 174, lautend auf Kesselschmied E. Schuster, geb. am 25. September 1887 zu Cottbus.

Aufforderung zur Rechtfertigung. Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluss aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Eisenberg: Der Eisenbreher Hermann Ristau, geb. am 13. Dezember 1858 zu Jorze, Buch-Nr. 236 868, wegen Betrugs.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Selsenkirchen: Der Schlosser und Installateur August Dohms, geb. am 20. September 1882 zu Schwerin, Buch-Nr. 439 199, wegen Vertrauensbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Köln: Der Goldschläger Heinrich Bährer, geb. am 30. Aug. 1885 zu Rürnberg, eingekreten am 2. Mai 1900 in Dresden, Buch-Nr. ?, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Reutlingen: Der Schlosser May Ott, geb. am 13. September 1883 zu Hottenburg, Buch-Nr. 741 897, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Reichenhall: Der Schlosser Christian Bauer, geb. am 8. Oktober 1870 zu Neustadt, Buch-Nr. 920 519, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Suhl: Der Schlosser Eduard Reiff, geb. am 17. April 1877 in Essen, Lit. A. Buch-Nr. 58 615, wegen Schwindeleien.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schweinfurt: Der Schlosser Max Schäfer, geb. am 17. April 1871 zu Dresden, Buch-Nr. 121 393, wegen Betrugs und Unterschlagung.

Auf Antrag der Bezirksleitung im 6. Bezirk: Der Former Fritz Heitkamp, geb. am 14. Juli 1888 in Oldenburg, Buch-Nr. 145 608, wegen Schwindeleien.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Röhre-Strasse 16b zu richten; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Berichtigung.

Zur Quittung in Nr. 32 ist nachzutragen, daß von der Verwaltungsstelle „Koblenz“ ebenfalls 150 Mk. eingekandt wurden. Der Vorstand.

Aufruf!

Wir ersuchen, uns die Adresse des Formers Laurent Kazmussen, früher bei Goner in Ravensburg in Arbeit, zuletzt wohnhaft in Jürth, Nürnbergerstraße 170, mitzuteilen. R. soll in einer Klagesache als Zeuge vernommen werden. Die Redaktion.

Zur Beachtung! ♦ Zugug ist fernzubalten.

- von Drahtarbeitern, Nadlern, Spinneern, Webern und Piffarbeitern nach Berlin St.; nach Chemnitz (A. Argo) Mi.; von Drahtziehern nach Mannheim D.; von Drehern, Fräsern, Hoblern und Bohrern nach Selsenkirchen (Gustaf) und Eisenwert vorm. Wunfcheid & Co.) Mi.; nach Mainz (Gasapparate-Gußwerk) L.; von Elektromontearern nach Basel L.; von Feilenarbeitern nach Leipzig L.; nach sämtlichen Saarstädten L.; von Formern, Eisengießeiarbeitern und Keramachern nach Barmen (Jäger, Baresbeck) St.; nach Brugg i. Aargau (Müller & Co.) St.; nach Dresden (Hartguswert vorm. Kühne) St.; nach Essen a. Ruhr (Maschinenfabrik Union) Mi.; nach Greiz i. B. (Viktor Strauß & Harze) M.; nach Mühlhausen i. Th. (Eisenwert Thüringia) St.; nach Mühlhausen, Sulz und Rasmünster i. Elf. (Wag & Co.) Mi.; nach Neustadt a. H. (Goversbusch) D.; nach Ravensburg (Goner) D.; nach Schmölln (Maschinenfabrik P. Sylbe) D.; von Gürtlern, Metallzückerern, Schleisern und Metallformern nach Erfurt L. und Mi.; nach Mainz (Gasapparate-Gußwerk) L.; von Kesselschmieden, Blechschweißern und Schmieden nach Mannheim (Schiff-) und Maschinenbau-Mt.-Vef.) St.; von Klempnern, Glaschneern, Spenglern und Installateuren nach Bremerhaven, Seekemünde und Sehe Str.; nach Ebn, Schweiz L.; nach Darmstadt St.; nach Dortmund St.; nach Düsseldorf St.; nach Eberswalde L.; nach Essen a. Ruhr. v. St.; nach Selsenkirchen St.; nach Herne i. Westf. Str.; nach Mainz (Gasapparate-Gußwerk) L.; nach Magdeburg Str.; nach Jürth; von Metallarbeitern aller Branchen nach Augsburg (Motorfahrzeugfabrik Heine & Weiß, Oberhausen) A.; nach Barmen-Eberfeld A.; nach Chatarinenholm (Norwegen) St.; nach Chemnitz (Heinrich, Werkzeugmaschinenfabrik) St.; nach Darmstadt (Maschinenf. G. Obbel) Str.; nach Forst (F. Schmidt) A.; nach Freilstedt in Braunschweig (Norddeutsche Zuckerraffinerie) Mi.; nach Grlitz (Effer & Cie.) D.; nach Kaiserlautern (Fr. Schimmelbusch, Kesselschmiede) Str.; (Pfälzische Metallwarenfabrik) D.; nach Kassel (Eisenmöbelfabrik Schmidt & Keel) Str.; nach Luzemburg (Eisenmöbelfabrik Berl & Co.) Str.; nach Mühlhausen i. Thüringen (Walter & Co., Maschinenfabrik) M.; nach Oberhausen (siehe Augsburg); nach Offenbach a. M. (Frehenbagen) St.; nach Schladen a. H. (Maschinenfabrik Dippe) St.; nach Schweinfurt (Schäfer) M.; nach Schweningen St.; nach Solingen; nach Straßburg i. E. (Quiri & Co.) Str.; nach Wismar (Waggongfabrik) St.;

von Schleisern und Polierern nach Kaiserlautern (Pfälzische Metallwarenfabrik) D.; nach Salungen; von Schlossern nach Dortmund (Louis Hegmer) M.; nach Frankfurt a. M. St. A.; nach Hannover St.; nach Mannheim (Firma Lang) D.; nach Wiesbaden L.; von Eisbarbeitern nach Hanau a. Main; nach Mainz (Firma Kneiwitz) D.; von Spenglern, Metallzückerern, Schleisern und Arbeiterinnen nach Ulm (Industriewerke) M.; von Uhrarbeitern nach Venzlich und Schweningen A.; von Zifelenern nach Mainz (Gasapparate-Gußwerk) L. (Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; N.: Lohn- oder Akford-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle begranbtigt sein.

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Aufläse in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Korrespondenzen.

Formex.

Wien. Bei der Firma Bleckmann in Mützzuschlag (Steiermark) ist ein Streit der Stahlformer ausgebrochen und die Firma will Arbeitskräfte aus Deutschland heranziehen. Die Ursache des Kampfes ist, daß der Unternehmer sein im Vorjahr gegebenes Wort nicht hielt und daß er die Arbeiter, als sie ihn daran erinnerten, einfach schroff abwies. Die bestehenden Minimalsätze sollten die Stunde um 8 Heller reduziert werden, Ausschuß, an dem die Formex nicht die geringste Schuld tragen, sollte nicht bezahlt werden, und als die Arbeiter die Bezahlung verlangten, wurden sie zur Türe hinausgewiesen. — Der Vertrag der Wiener Gießerarbeiter mit ihren Unternehmern läuft am 23. September dieses Jahres ab. Aller Voraussicht nach wird es zu einem Kampfe kommen, da nach dem, was bis jetzt bekannt geworden ist, alle Reformvor schläge der Arbeiter abgelehnt wurden. Bei der Hartnäckigkeit der Unternehmer dürfte es zu einem langwierigen Ausstand kommen. Die Gießer mögen daher Österreich, speziell aber Wien, strengstens meiden.

Klempner.

Danzig. Der im Jahre 1906 abgeschlossene Tarifvertrag für Klempner, Installateure, Rohrleger und Monteur lief am 20. Juli dieses Jahres ab. Er wurde von den Gehilfen rechtzeitig gefündigt und ein Entwurf zu einem neuen eingereicht. Bei den Verhandlungen wurde eine Einigung erzielt und nachstehender Vertrag abgeschlossen: § 1. Vertragsschließende. Zwischen der Klempnerinnung, den Installations- und Heizungsfirmen und den selbständig arbeitenden Klempnern zu Danzig nebst Vororten und den durch die Lohnkommission vertretenen Klempnergefellern, Rohrlegern, Installateuren, Monteuren, Heizungsmonteuren sowie deren Helfern wird nachstehender Tarifvertrag mit Wirkung vom 20. Juli 1907 ab für beide Teile verbindlich vereinbart. § 2. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden pro Tag. Regelung der Pausen findet nach Übereinkunft statt. Im Winter ist auf Bau tunsicht nicht weniger als in der Werkstat zu arbeiten. Bei Arbeitsmangel ist die Arbeitszeit bis auf minimal 6 Stunden zu verkürzen, bevor Entlassungen stattfinden. An den Sonnabenden ist eine Stunde, an den Vorabenden von Dniern, Pflngiten und Weihnachten sind zwei Stunden früher Feierabend, ohne daß der Lohn gekürzt wird, und zwar auch bei verkürzter Arbeitszeit. § 3. Überzeitarbeit. Überstunden sind möglichst zu vermeiden. Sind solche unumgänglich nötig, so ist dies, wenn möglich, einen Tag vorher mitzuteilen. Für Überstunden wird ein Zuschlag von a) bis 9 Uhr abends 20 Prozent, b) von 9 Uhr ab und Sonntagsarbeit 50 Prozent zum vereinbarten Stundenlohn gewährt. § 4. Entlohnung. Der Lohn beträgt für die Gefellen 45 Pf. Für solche Gefellen, die selbständig Installations- und Wasserleitungsarbeiten auf Neubauten ausführen, einschließlic der selbständigen Dacharbeiter auf Neubauten 50 Pf. Der Lohn der Hilfsarbeiter beträgt nicht unter 30 Pf. pro Stunde. Vorstehende Löhne sind Mindestlöhne. Gefellen, welche den geforderten oder einen höheren Lohn schon haben, erhalten eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde. Bei allen Arbeiten, besonders außerhalb der Werkstat, ist so früh aufzuhören, daß mit der Feierabendstunde die Lohnzahlung beginnen kann. Sämtliche Arbeiten werden tunsicht in Lohn ausgeführt. Bei Akfordarbeit sind die Einheitsätze des Akfordes vorher schriftlich zu vereinbaren. Die Wartezeit wegen Mangel an Material oder an Hilfsarbeitern ist bei Akfordarbeit nach dem tarifmäßigen Stundenlohn zu ersetzen. Ist keine schriftliche Vereinbarung getroffen, so ist der tarifmäßige Stundenlohn zu zahlen. § 5. Zuschläge für schmutzige Arbeiten. Für besonders schmutzige Arbeiten, zum Beispiel Reinigen verstopfter Klofette, wobei eine direkte Berührung mit Fäkalien verbunden ist, wird ein Zuschlag von 20 Prozent bezahlt. § 6. Vergütung für Arbeiten in den Vororten. Liegt die Arbeitstelle mehr als 3 Kilometer von der Werkstat entfernt, so wird ohne Rücksicht auf die Wohnung des Gefellen oder Helfers eine Zulage in Höhe des Stundenlohnes gewährt. Bei Benützung der Eisenbahn ist das Fahrgehd 3. Klasse zu bezahlen. Lauf- und Fahrzeit gilt als Arbeitszeit, jedoch ist die Lauf- und Fahrzeit nach Schluß des Feierabends nicht mitzubeziffern. § 7. Vergütung für auswärtige Montagearbeiten. Montagezulage ist nach Übereinkunft, jedoch mindestens 2 Mk. pro Tag oder kostenfreies Logis mit Vert und ausreichender Beköstigung zu gewähren. Diese Zulage wird auch an Sonn- und Feiertagen gewährt, eventuell freie Fahrt nach Danzig. § 8. Unfallverhütung und Hygiene. Die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen sind von beiden Seiten streng einzuhalten. Besonders ist für genügende Ventilation der Werkstat, tägliches Reinigen derselben, Raum zum Umfrehen der Kleider, ausreichende Wascheinrichtungen und Verbandszeug zu sorgen. Ihr Werkzeug haben die Gefellen nach beendeter Arbeit in gereinigtem Zustand selber ordnungsmäßig zu verewahren. Auf Bauten ist für genügende Schutzvorrichtungen, besonders Schutzbrünnen zu sorgen. Das hierzu bei Tiefbauarbeiten nötige Stellszeug, bei Hochbauarbeiten nötige Gerüstmaterial, ist dem Gefellen vom Meister anzuzweifen. Jedem Gefellen ist bei allen Arbeiten außerhalb der Werkstat, welche er nicht allein ausführen kann, ein Helfer oder Lehrling beizugeben. § 9. Durchführung des Tarifvertrags und Verhängung derselben. Maßregelungen wegen Einführung oder Aufrechterhaltung dieses Vertrags oder Mitgliedschaft zum Deutschen Metallarbeiter-Verband dürfen nicht stattfinden. Zur Durchführung und Überwachung des Tarifvertrags wird eine Schlichtungskommission, bestehend aus fünf Vertretern der Arbeitgeber und fünf Vertretern der Arbeitnehmer, gebildet. Die Schlichtungskommission hat sich spätestens innerhalb acht Tagen nach Inkrafttreten des Tarifs zu konstituieren. Zu ihren Aufgaben gehört: 1. Erledigung von Beschwerden auf Grund des Tarifs. 2. Aufstellung eines Verzeichnisses der zum Tarifvertrag gehörenden Unternehmer. 3. Vorbereitung eines Vertragsentwurfes zur Fortsetzung der Tarifvereinbarung nach den von den Parteien bei Ablauf desselben etwa eingereichten Abänderungsanträgen. Die Schlichtungskommission hat nach Anrufung durch eine der Parteien innerhalb frätstens acht Tagen zur Beratung und Beschlußfassung zusammenzutreten. Die Entscheidungen der Schlichtungskommission sind für beide Teile bindend. Die Anrufung kann immer nur durch eine der Parteien beziehungsweise deren Vertreter, nicht durch einzelne Personen erfolgen. Sofern sich die Kommission über den Streitfall

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Frrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 18. August der 34. Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. bis 24. August 1907 fällig ist.

Angeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bremen: Der Schmied Gerhard Aden, geb. am 19. April 1877 zu Gortiel, Buch-Nr. 619 963, wegen Logischwindeleien.

Auf Antrag der Einzelmitgliedschaft in Leipzig: Der Mechaniker Karl Weber, geb. am 16. April 1887 zu Bollmardsdorf, Lit. A. Buch-Nr. 173 906;

Rundschau.

Aussperrung in der bayerischen Metallindustrie?

Die Münchener Post brachte in ihrer Nummer vom 8. August eine Warnung, die, wenn sie sich bewahrheitet, aufs neue bekräftigt, daß die Scharfmacher bereits das Stadium des Bahnweises erreicht hat. Seit dem 2. August streiken in der Rathgeberischen Waggonfabrik zu München etwa 200 Holzarbeiter um die 5 1/2 stündige Arbeitszeit. Direktor Scholz wäre bereit gewesen, die Sache in Güte zu regeln, jedoch durfte er nicht auf eigene Faust handeln, weil der bayerische Metallindustriellen-Verband sich der Sache sofort bemächtigt hatte. Direktor Scholz erklärte sich in den Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß bereit, die 5 1/2 stündige Arbeitszeit für den ganzen Betrieb einzuführen, wenn die Holzarbeiter ihre Forderung auf 5 1/2 stündige Arbeitszeit fallen ließen. Dies wurde zugestanden. Die Sitzung des Industriellenverbandes fand am 5. August statt. Am 6. August leitete Direktor Scholz dem Arbeiterausschuß mit, daß es ihm nicht gelungen sei, mit seiner Forderung auf Einführung der 5 1/2 stündigen Arbeitszeit bei der Ortsgruppe München durchzudringen. Als die schärfsten Gegner seines Vorschlags seien der Baurat Kieppel aus Nürnberg, ferner Kommerzienrat Buz und Direktor Guggenheimer aus Augsburg (die bekannten Protektoren der Gelben) aufgetreten. Die drei genannten Unternehmer hätten im Gegenteile eine Aussperrung sämtlicher organisierter Metallarbeiter in Bayern in Aussicht gestellt, wenn es zum 10. August die Differenzen nicht beigelegt seien. (Offenbar hofften die Scharfmacher auf die Sperrerechthilfe der Gelben.) Direktor Scholz erklärte ferner, er müsse sich diesem Beschluß fügen. Wenn es aber nicht zur Aussperrung käme, werde er am Montag den 12. August in seiner Fabrik die 5 1/2 stündige Arbeitszeit einführen. Am 7. August nahm eine Versammlung der Streikenden eine Resolution an, worin sie erklärte, daß sie im Interesse des Friedens mit der 5 1/2 stündigen Arbeitszeit zufrieden gewesen wäre, nunmehr aber an der 5 1/2 stündigen festhalten wolle.

Am 7. August beschloß eine in Nürnberg abgehaltene Sitzung der Unternehmersonnorganisation, die Arbeitererschaft der Rathgeberischen Fabrik solle eine aus sieben Mann bestehende Kommission wählen, von der aber nur drei Mann dem Arbeiterausschuß angehören dürften. Diese Kommission müsse aber das Recht haben, definitive Abmachungen zu treffen und solle am 10. mit der Ortsgruppe München des Industriellenverbandes unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandeln. Wenn es zu keiner Einigung käme, so solle noch an demselben Tage (10. August) die Aussperrung der Rathgeberischen Arbeitererschaft erfolgen und im Laufe der nächsten Woche sollten die Arbeiter sämtlicher bayerischer Maschinenfabriken ausgesperrt werden. Direktor Scholz, der nach seiner Rückkehr aus Nürnberg dem Arbeiterausschuß den Beschluß der Scharfmacher mitteilte, bedauerte selber, daß es ihm nicht möglich gewesen sei, mit seinen Vorschlägen durchzudringen. Er müsse sich aber den Beschlüssen fügen. (So etwas nennt man bekanntlich im Notwälsch der Scharfmacher: Herr im Hause sein!) Auf die Frage eines Ausschussesmitgliedes, ob bei den Unterhandlungen am 10. August ein Vertreter der Arbeiterorganisation mit beratender Stimme anwesend sein dürfe, antwortete Direktor Scholz, daß in der Sitzung in Nürnberg darüber gesprochen, daß ein dahin lautender Antrag aber strikte abgelehnt worden sei.

Wenn sich dies alles bewahrheitet, so treiben die bayerischen Scharfmacher ein unerhört frivolcs Spiel. Es ist gerade so, als ob sie es mit voller, bewußter Absicht darauf angelegt hätten, die Arbeiter zum äußersten zu reizen. Wir werden ja sehen, wie die Sache ausgeht, ob die Scharfmacher wirklich den traurigen Mut haben werden, ihre standalöse Drohung wahr zu machen.

Bemerkenswert ist noch, daß die in Nürnberg erscheinende Fränkische Tagespost in ihrer Nummer vom 9. August etwas zu berichten weiß, was in seltsamem Widerspruch zu dem Mitgeteilten steht. Als die Aussperrungsgeplante der bayerischen Scharfmacher in Nürnberg ruchbar wurden, beschloßen die Arbeiter der Maschinenbaugesellschaft Augsburg-Nürnberg, bis auf weiteres keine Überstunden mehr zu machen und teilten dies den Betriebsleitern mit. Darauf erklärte Baurat Kieppel dem Arbeiterausschuß, daß er an keiner Sitzung in München teilgenommen habe, folglich auch nicht die ihm in den Mund gelegten Äußerungen getan haben könne. Es sei noch kein Beschluß gefaßt worden, am Montag (12. August) auszusperrern. Man werde allerdings noch mit dieser Angelegenheit an ihn herantreten. Wenn ein solcher Beschluß gefaßt werden sollte, würde er den Arbeitern so früh mitgeteilt werden, daß noch eine Verständigung stattfinden könne. Darauf beschloßen die Arbeiter, die Überstunden bis auf weiteres nicht zu verweigern.

Schlichtungskommission des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller.

Unter diesem Titel veröffentlicht die Münchener Allgemeine Zeitung in Nr. 367 vom 9. August 1907 folgende Zuschrift des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller:

„Die vielen und großen Arbeiterausstände der letzten Jahre haben ergeben, daß es für eine friedliche Verständigung an einem aus Unternehmern und Arbeitern zusammengesetzten, von beiden Seiten anerkannten Organ fehlt, das — jederzeit verhandlungsbereit — schon bei dem Auftreten von Meinungsverschiedenheiten sogleich eingreifen kann. Die Gewerbetreibenden haben nicht vermocht, sich zu solchen Vermittlungstellen auszubilden; es mangelt ihnen einerseits die genügende Sachkenntnis und der Einblick in die maßgebenden Betriebsverhältnisse, andererseits waren sie nicht in der Lage, eine beiden Parteien genehme Verhandlungsvertretung zu schaffen. Die Gießereibetriebe in Nürnberg haben aufstretende Meinungsverschiedenheiten schon wiederholt durch eine gemeinsame Kommission in friedlicher Weise geschlichtet und Zustände damit verhindert. Wir erinnern an die für andere Bezirke geradezu vorbildlich gewordene Erledigung der Forderungen der Gießereiarbeiter im März 1905. Auf vorstehenden Tatsachen und Erfahrungen fußend, beschloßen wir künftige, von beiden Seiten anzuerkennende Vertretungen der Unternehmer und Arbeiter (Schlichtungskommissionen) im Bereich des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller zu schaffen, die Zustände und Aussperrungen tunlichst zu verhindern suchen sollen.“

Die Schlichtungsorganisation nach dem im großen und ganzen gebilligten Entwurf, der nur in Kleinigkeiten, zum Beispiel bezüglich des Wahlverfahrens für die Vertretungsschüsse, eventuell noch Änderungen erfährt, umfaßt drei Instanzen (Stufen), nämlich: 1. Die Schlichtungskommission, 2. die Orts-(Bezirks-)Kommission und 3. die Hauptkommission. In jeder der drei Kommissionen sind Unternehmer und Arbeiter durch Ausschüsse vertreten. Den Vorsitz führt in der Schlichtungskommission die Werkleitung, in der Ortskommission der Vorsitzende der Ortsgruppe der Unternehmer, in der Hauptkommission der Vorsitzende des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller. Die Berufung der Kommissionen muß erfolgen, sobald sie von einem der beiden Ausschüsse, aus denen jede Kommission besteht, verlangt wird.

Der Vertretungsschluß der Arbeiter besteht aus sieben Mitgliedern und wird entweder vom Arbeiterausschuß des Werkes oder, wo ein solcher nicht besteht, von den volljährigen Arbeitern des Werkes gewählt. Die Orts-(Bezirks-)Ausschüsse der Arbeiter bestehen aus sieben Mitgliedern, die von den Vertretungsschüssen entsandt werden. Der Hauptausschuß der Arbeiter besteht gleichfalls aus sieben Mitgliedern und wird aus den Ortsausschüssen zusammengesetzt.

Als Vertretungsschluß der Unternehmer ist die Werkleitung zu betrachten. Der Orts-(Bezirks-)Ausschuß der Unternehmer besteht aus sieben Mitgliedern, die durch die Unternehmer des Ortes (Bezirks) gewählt werden. Der Hauptausschuß der Unternehmer besteht gleichfalls aus sieben Mitgliedern und setzt sich zusammen aus: den drei Vorsitzenden der Ortsausschüsse, zwei weiteren Vertretern des Ortsausschusses Nürnberg und je einem Vertreter der Ortsausschüsse München und Augsburg.

Was den Vertretungsschluß der Arbeiter anbelangt, so soll den verschiedenen Anschauungen der Arbeiter dadurch Rechnung getragen werden, daß jede Gruppe (freie Gewerkschaften, christliche Gewerkschaften, keiner Gewerkschaft angehörige Arbeiter, Arbeitervereine u. s. w.) auf Formularen, die von der Werkleitung drei Wochen vor dem Wahltermin ausgegeben werden, Vorschlagslisten über je sieben Wahlkandidaten aufstellen kann. Wahlberechtigt sollen nur die volljährigen Arbeiter sein. Als Wahlkandidaten dürfen nur Arbeiter bezeichnet werden, die mindestens zwölf Monate im Dienste des Werkes sind. Die Wahl erfolgt nach dem Proportionalwahlssystem, wobei es gestattet ist, daß zwei oder mehr Parteien mit verbundenen Listen wählen. Der aus Grund geheimer Wahl gewählte Arbeiterausschuß wählt seinerseits den Vertretungsschluß.

Aber diesen Plan für heute nur so viel: Der Verband Bayerischer Metallindustrieller hat sich ein recht schönes System zurechtgelegt, gerade so, wie es seinen Zwecken entspricht. Der Plan ist darauf berechnet, die unabhängigen Organisationen der Arbeiter, die freien Gewerkschaften, auszuschalten. Alles unter dem Scheine der „Parität“. Eine Schlichtungskommission aber, die ersprießlich soll wirken können, muß auch wirklich paritätisch sein, es darf darin nicht der Unternehmerverband dominieren, wie es hier der Fall sein soll. Eine wirkliche Parität kann auch nur dann erreicht werden, wenn die Arbeiter ebenso wie die Unternehmer als eine Partei erscheinen. Der Verband Bayerischer Metallindustrieller beabsichtigt aber, durch sein „Proportionalwahlssystem“ einen Keil in die Arbeiterschaft — die gegenüber den Unternehmern nur ein gemeinsames Interesse hat — zu treiben!

Gewerkschaftliches.

Kartellvertrag. Zwischen den Verbänden der Gastwirtschaftlichen und der Hoteldiener ist ein Kartellvertrag abgeschlossen worden, der den Zweck hat, die gegenseitige Unterstützung bei der Agitation und den Lohnbewegungen sowie der Übertrittsbedingungen zu regeln.

Büchbinderverbandstag. Vom 24. bis 29. Juni fand in Nürnberg der zehnte Verbandstag des Deutschen Buchbinder-Verbandes statt. Anwesend waren 59 Delegierte, außerdem acht Verbandsfunktionäre. Nach dem Vorstandsbericht betrug Ende 1901 die Mitgliederzahl 10003, Ende 1906 dagegen 20471, darunter 8621 weibliche. Für die große Aussperrung im vorigen Jahre wurden 621223 Mk. ausgegeben, wozu noch 31769 Mk. für Gemahregelte kamen. Aus eigenen Mitteln der Organisation wurden 565603 Mk. aufgebracht. Die Hoffnungen, die auf die Einsetzung der Bezirksleiter gesetzt wurden, haben sich nicht erfüllt. In den mit Vertretersitzungen versehenen Gauen ist die Mitgliedschaft nicht stärker gewachsen, als in denen ohne solche. Der Kassibericht verzeichnet eine Einnahme von 314275,61 Mk., eine Ausgabe von 590791 Mk., so daß eine Mehrausgabe von 276515 Mk. vorhanden ist. Das Verbandsvermögen betrug am Jahresschluß 110451 Mk. In der Debatte über den Vorstandsbericht kam es wiederholt zu erregten Auseinandersetzungen zwischen dem Vorsitzenden Kloth und Berliner Delegierten. Über die Taktik bei Lohnbewegungen wurde in geschlossener Sitzung verhandelt. Der Vorstand wurde beauftragt, der Lehrlingsfrage mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Für die Agitation sollen mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Auch ist die Berufstätigkeit in Zukunft besser zu pflegen. Der Beitrag wird in vier Klassen gestaffelt (20 bis 60 Pf.). Die weiblichen Mitglieder zahlen in den beiden unteren, die männlichen in den oberen Klassen. Die Arbeitslosenunterstützung steigt dementsprechend von 75 Pf. täglich (30 Tage lang) bis 1,75 Mk. (70 Tage lang), die Krankenunterstützung von 40 Pf. (40 Tage lang) bis 1 Mk. (60 Tage lang). Die Hinterbliebenenunterstützung wird wie bisher, aber nur in den beiden oberen Klassen gewährt. Die Einführung einer Invalidenunterstützung wird bis zum nächsten Verbandstag vertagt. Um aber den Mitgliedern, die ein besonderes Interesse an der möglichst schnellen Einführung dieser Unterstützung haben, Rechnung zu tragen, wurde beschlossen, diesen die Möglichkeit zu geben, schon jetzt fakultativ wöchentlich 15 Pf. Beitrag dazu zu leisten. Bei definitiver Beschlußfassung über die Einführung wird für diese Mitglieder die Karenzzeit entsprechend den bereits geleisteten Beiträgen festgesetzt. Der bisherige Vorsitzende Kloth wurde mit 31 Stimmen wiedergewählt; 3 Stimmen erhielt Garder, 24 Stimmenjettel waren leer. Als Hauptkassierer wurde Hau-eisen mit 51 gegen 6, als Kassier Michaelis mit 35 gegen 20, als Vorsitzender des Ausschusses Zipperer mit 51 gegen 6 Stimmen wiedergewählt. Als zweiter Vorsitzender wurde Garder mit 48 Stimmen gewählt. Da nur wenige Arbeiterblätter über den Verbandstag berichtet haben, wurde beschlossen, in Zukunft täglich an alle Arbeiterzeitungen unentgeltlich einen Bericht zu versenden.

Zur Organisation im Handelsgeuerbe.

Von dem Vorstand des Verbandes der Handlungsgehilfen erhalten wir folgende Zuschrift:

Der Gewerkschaftskongress in Köln hat die Gewerkschaftsmitglieder verpflichtet, ihre gewerblich tätigen Frauen und Töchter der für den betreffenden Beruf bestehenden gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen. Die wirtschaftliche Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß heute viele Laufende von Arbeitstüchtern im Handelsgeuerbe, in Warenhäusern u. s. w. als Verkäuferinnen und Kontoristinnen tätig sind. Leider gehören nur wenige der Organisation an und es bleibt zur Durchführung des oben angeführten Kongressbeschlusses noch viel zu tun übrig, obwohl die gewerkschaftliche Organisation im Handelsgeuerbe gerade so notwendig ist, wie irgend wo anders. Das gilt auch für die als Handlungsgehilfen tätigen Söhne der organisierten Arbeiter. Auch davon sind verhältnismäßig wenige Mitglieder ihrer Gewerkschaft. Die meisten stehen den Berufsfragen gleichgültig gegenüber oder sie gehören gar den bürgerlichen, arbeiterfeindlichen Harmonievereinen an, die im letzten Wahlkampf als Kerngruppen des Reichsligenverbandes eine so traurige Rolle gespielt haben. Diese Harmonievereine pflegen den Standesdünkel und ihre Agitation läuft darauf hinaus, das Arbeiterkind der Dentweise seiner Familie zu entfremden, bis es anfängt sich seiner Herkunft zu schämen. Möchte deshalb kein Arbeiter versäumen, seine im Handel tätigen Familienangehörigen auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation einzuwirken. Die einzige, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und den Gewerkschaftskartellen angeschlossene Organisation für Handlungsangestellte ist der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands (Sitz Hamburg). Das Hauptbüro befindet sich in Hamburg I, Wiesenbüdenhof 57. Von dort sind Eintrittsgeld und Brodrummern des Fachorgans: Handlungsgehilfen-Blatt, gratis zu beziehen.

Aus den Unternehmerverbänden.

Eine Berufszerklärung. Die in Mannheim erscheinende Fachzeitung für Blechbearbeitung und Zinkalation enthält in ihrer Nr. 31 einen Artikel mit der Überschrift: In eigenen Lande gefährdet! Der Artikel beschäftigt sich damit, daß einzelne von den vor einiger Zeit zu Darmstadt in den Streik getretenen Kleinmetalltross aller schwarzen Wägen bei anspruchsvollen Unternehmern Arbeit gefunden haben und daß einige Unternehmer, namentlich aus kleineren Orten, sich an die Streikleitung um Zuweisung von Gesellen gewendet haben, was bei solchen Streiks bekanntlich oft vorkommt. Dazu wird in dem Artikel unter anderem bemerkt: „Und solche Handwerker, solche Individuen, die ihres Handwerkes fast nicht wert sind, gibt es im bürgerlichen Verband mit Namen...“ Dann folgen in fetter Schrift Namen und Ortsangaben von zwei Spenglermeistern. Als besonders erschwerender Umstand wird dem einen der beiden Unternehmer noch angerechnet, daß er persönlich zu der Orts-

Reiberheruf entnommen werden. Kollege Sendler referierte dann über die gegenwärtige Situation bei Hammesfahr. Nach Berechnungen hat Hammesfahr an den meisten Tagen jetzt kaum eine Produktion von 1000 Mt. Da er gegen 300 Arbeiter beschäftigt, so reicht diese Produktion nicht aus, um die Löhne zu decken. Von den dort noch Beschäftigten sind gegen 70 Personen Angestellte, von denen jetzt ebenfalls ein Teil in Ermanglung genügender Beschäftigung gekündigt bekommen hat. Jugenblüher Arbeiter sind etwa 85 vorhanden, Lagerarbeiter und Hilfsarbeiter gegen 100, Mädchen (Plattreider) etwa 17 und 89 Arbeitswilige, die sich auf 20 bis 25 Abteilungen verteilen. Es sind das zum Teil stehengebliebene minderwertige Arbeiter. Für das Hammerwerk kommen diese Leute überhaupt nicht in Betracht. Von den Kollegen, welche die Arbeit niedergelegt oder ausgesperrt wurden wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation oder wegen ihrer Solidaritätserklärung, ist bis heute nicht ein einziger arbeitswilig geworden. Nun ist es allerdings eine Tatsache, daß noch immer Leute an Hammesfahr liefern. Es finden sich darunter auch noch organisierte Arbeiter, namentlich Reiber und Ausmacher. Man hätte erwarten sollen, daß diese durch die wiederholten Kundgebungen Hammesfahr gemieden hätten, besonders weil über die Firma die Sperre verhängt worden ist. Der Begriff Sperre bedeutet nichts anderes als die Borenhaltung jedes Arbeiters. Das ist nicht genügend verstanden worden, besonders nicht von den selbständigen Arbeitern. Aus diesem Grunde wurde von der Versammlung folgende Resolution angenommen: „Die am 4. August in Ohligs tagende Kreisversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nimmt Kenntnis davon, daß durch das Weiterarbeiten einer Anzahl Reiber und Ausmacher für die Firma Hammesfahr dieser es immer noch möglich war, produzieren zu können, wenn auch nur in beschränktem Maße. Da dadurch nur der Streik der übrigen Werke verlängert werden kann, was aber nicht im Interesse der übrigen Arbeiterschaft liegt, so beschließt die heutige Kreisversammlung die Verhängung des Streiks auch für die Taschen- und Federmesser-Ausmacher und Reiber (Betriebs- und Heimarbeiter). Die gesamten Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes werden aufgefordert, sich jeden Arbeitsangebots gegenüber der Firma Hammesfahr-Folge zu enthalten, um so den verhängten Streik wirksamer denn je zu gestalten. Zugleich werden die Mitglieder des Verbandes darauf verwiesen, daß die Nichtbefolgung der Beschlüsse gleichbedeutend ist mit dem Ausschluß aus der Organisation.“

Solingen. Eine zahlreich besuchte Versammlung der Scheren-schleifer wurde am 29. Juli in Ohligs abgehalten. Es traten wieder eine Anzahl Kollegen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei. Bei dieser Gelegenheit wurde vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß es Pflicht eines jeden Mitglieds sei, Gesellen und Lehrlinge ebenfalls im Deutschen Metallarbeiter-Verband zu organisieren. Die nächste Kontrolle wird ein nachmaliges Auge auf die strikte Durchführung dieses Beschlusses haben müssen. Eine ausgedehnte Debatte zeitigte der Punkt: „Wo bleibt das neue Preisverzeichnis der Scheren-schleifer?“ Seinerzeit wurde beschlossen, uns vor der Öffentlichkeit ruhig zu verhalten, um die Lohnbewegung nicht zu gefährden. Diese ist anscheinend so weit gediehen, daß unsere Rücksicht fallen kann. Die Versammlung hielt es nicht allein für ihr Recht, sondern für ihre Pflicht, diese Frage einmal öffentlich zu behandeln. Es wurde ausgemittelt, daß bereits im November vorigen Jahres beschlossen wurde, eine Lohnhöhung zu beantragen, und heute, nach nahezu neun Monaten, beauftragen unsere Kollegen vom Industriearbeiterverband (Sofalverband) ihre Vergleichskammernmitglieder, die Sache nicht „zu sehr“ in die Länge zu ziehen. Auch wurde in Ohligs und nachträglich erneut in Widdert beschlossen, an der Forderung: „Fortfall der braungekleideten Lodenfächer“ unter allen Umständen festzuhalten, und heute ließ man, daß diese Forderung aufsteigend sogar ohne ein Wort der Kritik fallen gelassen worden ist, die neue Formulierung der Bestimmung über braungekleidete Lodenfächer kann doch unmöglich als ein Erfolg hingestellt werden. Dem Deutschen Metallarbeiter-Verband wurde aus Anlaß der Ausmacherbewegung unterföhoben, der Vorstand in Stuttgart hintertreibe eine bessere Qualitätsfestlegung. (Bester Bericht der Ausmacher vom Industriearbeiterverband.) Das traße nicht zu. Eine Reihe anderer Umstände, nicht zuletzt die Quertreiber von jener Seite, veranlaßten die Ausmacher zu ihrer Stellungnahme. Wir stehen selbstverständlich auch auf dem Standpunkt, daß es besser für die Arbeiter ist, ihre Angelegenheiten in Frieden zu regeln: der Industriearbeiterverband ist aber dazu gezwungen, weil er nicht kämpfen kann. Um über diese Tatsache wegzutäuschen, hängt der Industriearbeiterverband gegenüber den kleinen und den außerhalb des Fabrikantensereichs stehenden Fabrikanten den Radikalen heraus, während man da, wo eine größere Zahl von Arbeitern in Frage kommt, schon laviert, seine Forderungen bedeutend einschränkt, um nur ja nicht anzuqeden. Die Hälfte der Forderungen, die man bei den Firmen Birkenbahl, Ohligs, Schmolz u. c. an den Tag legt, hätte genügt, um auch die Lohnbewegung der Scheren-schleifer schneller und vorleischaftiger zum Abschluß zu bringen. Als Kuriosum wurde ein derzeitiger nielumstrittener Bericht der Messerschleifer im Stahlgewerkschaften angeführt, wo es in bezug auf die Scheren-schleifer heißt, „man hätte gewünscht, daß auch die Scheren-schleifer bei ihrer Lohnbewegung ein etwas langsames Tempo eingeschlagen hätten“, und in bezug auf die Messerschleifer sagt man: „Sämtliche übrigen Branchen würden entschieden geschädigt, wenn jetzt der Messerschleiferverein mit einer Lohnbewegung dazwischen fährt. Beschloßen wird, die Fabrikanten zu benachrichtigen, die Messerschleifer beschäftigen „im Herbst“ eine Lohnhöhung bei den Fabrikanten zu beantragen.“ Wie stehen die Dinge mit heute? Der Messerschleiferverein beschließt, als Zeitpunkt für das Inkrafttreten des neuen Preisverzeichnisses den 1. September zu verzeichnen, und der Scheren-schleiferverein beauftragt seine Vergleichskammernmitglieder, dieselben mit den Fabrikanten zu verhandeln, die Sache aber nicht „zu sehr“ in die Länge zu ziehen. Ob dieser bitteren Schicksalsironie hätten die Scheren-schleifer alle Ursache, anstatt das Verhalten der übergetretenen Kollegen zu rügen, die Augen offen zu halten und sich etwas mehr als bisher um ihre eigene Interessenvertretung zu kümmern. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung der Scheren-schleifer spricht ihre tiefste Mißbilligung aus betröfß der Verschleppung des Inkrafttretens des neuen Preisverzeichnisses. Sie fordert die Kollegen insgesamt auf, einen größeren Druck auf die Regulierungskommission auszuüben, damit ein Ende der Lohnbewegung herbeigeführt werde. Um der Bewegung einen schärferen Anflug zu geben, wird die Ortsverwaltung Solingen aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen die Interessenvertretung der Scheren-schleifer besser als bisher ins Auge zu fassen.“ Zum dritten Punkt: „Die Verträge bei den Firmen Birkenbahl und Ohligs und die Stellung des Industriearbeiterverbandes gegenüber den übergetretenen Schleiern“, wurde festgestellt, daß der Industriearbeiterverband keineswegs beabsichtigt, die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von gewissen Arbeitstellen auszuschließen, es liegt mithin für die Kollegen, die glauben, durch den Übertritt in ihrer Arbeit geschädigt zu werden, kein Grund zur Beunruhigung vor. Scharf kritisiert wurde bei dieser Gelegenheit das Verhalten des Kollegen Schütz, der auf einer Stelle erklärt, einem von weiteren Kollegen beifällig sein zu wollen, wenn er bei der Firma Ohligs Arbeit haben wolle, während er auf der anderen Stelle erklärt, die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bekommen bei Birkenbahl und Ohligs keine Arbeit, dabei sich zu der Äußerung versteigend, man könne eventuell den Kollegen F. zwingen, wieder in den Industriearbeiterverband einzutreten, wenn man dieserhalb bei der Firma F. vorleislich würde. Ein derartiges Verhalten wurde als mindestens inkorrekt bezeichnet. Bekanntlich leiten die Kollegen des Industriearbeiterverbandes ein gemeinsames Arbeiten mit der un-motivierten Begründung ab: „Der Scheren-schleiferverein kann das Interesse seiner Mitglieder selbst vertreten.“ Es wird dieserhalb bestimmt, bei eventuellen Beschwerden selbständig vorzugehen. Die Beschwerde gegen einen Fabrikanten wurde daraufhin der Branchenleitung überwiefen. Die Beschwerde hat bereits im Sinne der Versammlung, ihre Erledigung gefunden. Nachdem vom Vorsitzenden erwähnt wurde, unentwegt für die Schaffung einer einheitlichen Organisation zu agitieren und auf die nächste Kreisversammlung verwiesen wurde, wurde die Versammlung geschlossen.

